BEILAGE ZUM ROTEN 1.MAI 1974

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 19 vom 11. Mai 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

WAHLEN IN FRANKREICH:

MITTERANDS 'VOLKSFRONT' - FRONT GEGEN DIE ARBEITERKLASSE!

Die erste Runde bei den französischen Wahlen um den Posten des Präsidenten ist an Francois Mitterand und seine "Volksfront" gegangen. Falls am 19. Mai bei der Stichwahl der neue Präsident endgültig Mitterand heißen wird – was haben die Werktätigen Frankreichs zu erwarten?

"Volksfront" – dahinter verbergen sich nicht nur die Sozialdemokraten Mitterands, sondern auch die Revisionisten von der 'K'PF, die sich auf einigen Ministersesseln breit machen wollen. Wird das die Kampfbedingungen des französischen Proletariats verbessern? Wird die Faschisierung, mit der die Bourgeoisie die heftig anwachsenden Kämpfe des französischen Proletariats gewaltsam verhindern will, gestoppt werden?



Im Mai 68 wankte die Herrschaft der französischen Bourgeoisie

Das letzte Jahr war in Frankreich gekennzeichnet durch einen Aufschwung der Klassenkämpfe. Mit kämpferischen Streiks und Fabrikbesetzungen antwortete das französische Proletariat auf die Verschlechterung seiner Lebensbedingungen. Verschiedene Kämpfe, gerade auch unter den Jugendlichen, richteten sich direkt gegen das Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie, gegen den bürgerlichen Staat. In Paris kam es zu offenen Straßenschlachten mit den Polizeitruppen des Monopolkapitals. Die politische Krise der Bourgeoisie verschärft sich zusehens, die werktätigen Massen drängen zu einem neuen Mai 68, einer neuen revolutionären Situation.

Angesichts dieser Situation hat die Bourgeoisie bei den Wahlen verstärkt das Register des sozialen Betrugs gezogen: Keiner der drei Kandidaten, ob Giscard, Chaban Delmas oder Mitterand versäumte es, sich "links" zu geben. Das ging bei so offenen Vertretern der Monopolbourgeoisie wie Delmas bis zur Lächerlichkeit: "Niemand braucht heute mehr die Linke zu wählen, der Mann des sozialen Friedens bin ich."

Anders bei dem Sozialdemokraten Mitterand und seiner sogenannten "Volksfront" mit den Revisionisten der 'K'PF. Sie sind gerade unter der Parole angetreten, die Werktätigen müssen "links" wählen, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Und nicht anders als die D'K'P-Revisionisten in Westdeutschland behaupten die Revisionisten der 'K'PF, daß ihre Wahl ins Parlament bedeutet, den "Fortschritt" an die Macht zu bringen und den demokratischen Weg zum Sozialismus zu bahnen.

Nehmen wir auch nur einen Augenblick an, die Revisionisten seien ehrlich dieser Ansicht. Die Bourgeoisie, die im Mai 68 mit ihren Polizeitruppen den Aufstand der werktätigen Massen im Blut erstickte und mit brutalster Gewalt ihre Herrschaft aufrechterhielt, soll plötzlich freiwillig ihren Unterdrückungsapparat mit Polizei, Militär, Justiz usw. in die Hände von Leuten übergeben, die Politik für das Proletariat und gegen die Bourgeoisie machen? Die Herren von Renault, die 1972 nicht davor zurückschreckten, von gedungener Hand einen kämpferischen Kollegen erschießen zu lassen, sollen plötzlich erklären: "Jawohl, Proletarier, der 'Fortschritt' hat die Wahl gewonnen, hier hast du den ganzen Laden"? Das ist lächerlich und absurd. Das ist revisionistischer Hohn auf die blutigen Kämpfe und Schlachten, in denen das französische Proletariat um seine Freiheit gekämpft hat!

Fortsetzung auf Seite 2

BRANDT-RÜCKTRITT

Seite 2

ERKLÄRUNG DER REVOLUTIONÄREN KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHILES

Heute ist eine großartige, weltweite Kampagne der Solidarität mit dem chilenischen Volk entstanden. Diese gerechte Kampagne, die aus den antiimperialistischen und internationalistischen Gefühlen der Massen entspringt, dient dem Kampf des chilenischen Volkes. Doch müssen wir die inneren Kräfte dieser Bewegung untersuchen, um zu entscheiden, wen wir unterstützen und was.

Es ist gerecht, eine Kampagne zu entfachen, die die Verbrechen der Junta entlarvt, um sie inner- und außerhalb des Landes zu isolieren.

Zweifellos kämpften Revolutionäre nicht, indem sie sich zu Opfern des Feindes erklären, indem sie an das Mitleid eines Teiles der Welt appellieren. Vielmehr müssen sie den Feind im Innern bekämpfen, seine reaktionäre Natur und damit seine innere Schwäche entlarven und zeigen, daß er geschlagen werden kann.

Wenn diese Solidaritätskampagne keine positiven Perspektiven enthält, ist sie nur eine Ermutigung für die Feinde und führt zur Demobilisierung des Volkes.

In Chile hat das Volk eine Niederlage erlitten, weil es der Linie der Revisionisten folgte. Daraufhin haben sie eine internationale, defaitistische Kampagne entfacht, in der sie als die hauptsächlichen Opfer erscheinen und glauben machen wollen, daß sie den Kampf des chilenischen Volkes verkörpern und, darüberhinaus, die natürlichen Empfänger der materiellen und politischen Hilfe sind. Damit mißbrauchen sie die internationale, wahre Solidarität mit dem chilenischen Volk. Damit versuchen sie zu verhindern, daß das chilenische Volk Schritt für Schritt in seinem Kampf voranschreitet und die wahre Einheit der Revolutionäre hergestellt wird. Darüberhinaus wollen sie dem Volk ihre konterrevolutionäre Linie aufzwingen, im Innern, wie im Ausland.

ARTIKEL SEITE 5



Arbeiterdemonstration in Chile

Bochum/Duisburg/Münster: Antifaschisten die Faust geballt

Überall kriecht sie heute aus tausend Löchern: Die braune, faschistische Pest; von der Polizei gegen die Wut des Volkes geschützt, von der bürgerlichen Propaganda in Presse und Fernsehen unter dem dünnen Deckmäntelchen der "kritischen Auseinandersetzung mit Hitler" propagiert, von Heinemann mit der Forderung nach der Freilassung des Naziverbrechers Heß unterstützt, versucht sie erneut, das Volk mit reaktionärster, konterrevolutionärer Ideologie zu vergiften. Gegen diese Faschistenbrut hat unsere Partei immer konsequent gekämpft. Am Samstag, den 4. Mai, kam es allein in drei Städten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Genossen der Partei und anderen Antifaschisten und faschistischen Propagandatrupps.

BOCHUM: In der Fußgängerzone wagt ein Trupp der "Neuen Rechten", Unterschriften für die Freilassung von Heß zu sammeln. Genossen der Partei und der ROTEN GARDE gehen gegen diese Provokation vor, zusammen mit einzelnen Mitgliedern der Gruppe Rote Fahne, die durch ihren aktiven antifaschistischen Kampf beweisen, daß sie nicht viel halten von der "Würde", mit der die Führer der GRF an der Bittermark zusahen, wie Polizisten Teilnehmer einer KPD/ML-Kundgebung zu verprügeln versuchten. Die Flugblätter und Unterschriftenlisten der Faschisten werden zerrissen. Mit einer Latte bewaffnet verfolgt einer der faschistischen Volksfeinde einen Genossen, um ihn zu verprügeln. Mit vereinten Kräften entwinden ihm die Genossen den Knüppel. Daraufhin zieht dieser Kerl eine Gaspistole und sprüht aus unmittelbarer Nähe Tränengas ins Auge eines Genossen, der sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden muß. Umstehende haben diesen Angriff fotographiert. Inzwischen sind Polizisten angerückt – zum Schutz des Faschistenstandes. Die Genossen, die Anzeige erstatten wollen wegen "Körperverletzung", fordern Polizisten auf, diese Verbrecher festzunehmen, und bieten die Photos als Beweis an. Unter wütenden Zurufen der umstehenden Bevölkerung antworten die Polizisten zynisch: "Wer hat Ihnen eigentlich erlaubt, hier zu fotographieren?"

Fortsetzung auf Seite 7

Kommentar

Nieder mit dem Regierungsmai! ES LEBE DER ROTE 1.MAI!

"Nieder mit dem Regierungsmai! Heraus zum Roten 1. Mai!" Unter dieser Losung rief unsere Partei zu den Roten Maidemonstrationen. Mit Phrasen von "Menschlichkeit und sozialem Fortschritt" trommelten die DGB-Bonzen zum Regierungsmai. Unsere Partei hat klar gesagt, daß es nicht darum geht, daß die "DGB-Kundgebungen nicht fortschrittlich genug", sondern daß sie überhaupt nicht fortschrittlich sind. Der Regierungsmai – das waren Kampfveranstaltungen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Der arbeiterfeindliche, imperialistische DGB-Apparat und an seiner Seite die Bonner Kapitalistenregierung und die modernen Revisionisten von der D'K'P versuchten, die Arbeiterklasse vom Kampf für ihre Klasseninteressen abzuhalten, sie an den Kapitalismus zu ketten.

Den Führern des imperialistischen DGB-Apparates war es nicht entgangen: seit dem Herbst letzten Jahres weht ein stärkerer Wind aus den Reihen des Proletariats. So versuchten die DGB-Führer an vielen Orten wieder 1. Mai-Demonstrationen durchzuführen, um dem Kampf der Kollegen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Doch die Rechnung ging nicht auf: In München, wo vor einem Jahr noch über 10.000 Kollegen dem Regierungsmai des DGB folgten, sammelten sich in diesem Jahr gerade noch drei- bis viertausend Kollegen. In vielen Städten des Ruhrgebiets marschierten auf dem Regierungsmai nicht mehr, als die Musikkapelle, Gewerkschaftsbonzen, D'K'P-Revisionisten und hintendran die Opportunisten der GRF und des 'K'BW. Die Kollegen aber standen meist nur am Rande der Kundgebung, um sich das Schauspiel zu betrachten.

Sie haben nicht vergessen, daß sie im letzten Herbst ihren Kampf gegen Lohnraub und Teuerung nicht nur ohne, sondern gegen den Gewerkschaftsapparat führen mußten. Viele fortschrittliche Kollegen haben da klar erkannt: dieser Apparat vertritt einzig die Interessen des westdeutschen Monopolkapitals, er kämpft auf der anderen Seite der Barrikade gegen die Arbeiterklasse.

"Reform oder Revolution – auf diese Alternative laufen alle brennenden Fragen der Arbeiterbewegung hinaus", heißt es im Maiaufruf des Zentralkomitees unserer Partei. Diese Feststellung fand auch an diesem 1. Mai ihre volle Bestätigung. Immer breitere Teile der Arbeiterklasse erkennen, daß der Kampf nicht nur um einige Teil- oder Tagesforderungen, sondern gegen das gesamte kapitalistische System geführt werden muß. **Unter dem Einfluß der revolutionären Propaganda unserer Partei erkennen immer mehr Kollegen: der Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung heißt Revolution, gewaltsamer Sturz der Kapitalistendiktatur, Errichtung der Diktatur der Arbeiterklasse, Aufbau des Sozialismus.**

Um sich dieser unaufhaltsamen Entwicklung entgegenzustemmen, haben die DGB-Bonzen die Mitbestimmungspropaganda auf volle Touren gebracht. So könne der Kapitalismus "demokratisiert", die Diktatur der Kapitalistenklasse gebrochen werden. Aber diese Demagogie reicht nicht aus.

Hier liegt die Rolle der modernen Revisionisten von der D'K'P. Sie propagieren den "Kampfmai". Die D'K'P verspricht, den Weg zum Sozialismus zu weisen. "Mitbestimmung", "Verstaatlichung" und "konsequente demokratische Reformen" als "grundlegende antimonopolistische, demokratische und gesellschaftliche Umgestaltung" auf dem "Weg zum Sozialismus" – so sollen wir nach dem Maiaufruf der D'K'P zum Sozialismus gelangen. **Alle roten Fahnen der D'K'P-Revisionisten können nicht verbergen, daß sich hinter diesem Wortschwall das alte Rezept des reformistischen Arbeiterverrats verbirgt.** Das Beispiel Chile zeigt erneut, daß es den von der D'K'P angepriesenen "friedlichen Weg zum Sozialismus" nicht gibt. Und das Beispiel Chile zeigte ebenfalls, welche Aufgabe die Revisionisten im Dienst der Kapitalistenklasse erfüllen: Sie sollen verhindern, daß die Arbeiterklasse den einzigen Weg zu ihrer Befreiung aus kapitalistischer Lohnsklaverei beschreitet, den Weg der gewaltsamen Revolution. **Während die Kapitalistenklasse auch bei uns fieberhaft die Faschisierung vorantreibt, um mit Blut und Terror ihre Herrschaft vor dem Ansturm der Arbeiterklasse zu retten, prophezeien sie den "freiwilligen Abgang der Bourgeoisie". Sie sind der Wegbereiter des Faschismus, der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung.**

Kulisse für den Regierungsmai spielten die Opportunisten aller Schattierungen wie z.B. die GRF und der 'K'BW. Sie riefen zur Teilnahme am Regierungsmai auf, um angeblich der wachsenden Opposition gegen die DGB-Führung Ausdruck zu verleihen. Aber in Hamburg formulierte die GRF offen ihre wahren Absichten: sie rief zum Regierungsmai auf, um "der DGB-Kundgebung einen fortschrittlichen Charakter zu verleihen". Mit anderen Worten: **sie wollen mit roten Fahnen das reaktionäre Wesen des DGB-Apparates verschleiern.**

Aber dieser 1. Mai hat gezeigt: die Kräfte des Imperialismus, der Reaktion sind auf dem absteigenden Ast, die Kräfte des Fortschritts und des Sozialismus sind auf dem Vormarsch. Es wird sicher noch ein langer und schwerer Kampf, aber die Haupttendenz in Westdeutschland heißt Revolution.

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG, ARBEITSLOSIGKEIT UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!
VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!

Berichtigung

In dem Interview mit dem Genossen Julio Alvarez del Vayo ist in der Antwort auf die letzte Frage ein sinnentstellender Satzfehler unterlaufen. Richtig muß es gemäß dem Original des Interviews heißen:
"Dabei kam der sowjetische Botschafter Malik zu mir und sagte: "Mag geschehen, was will, Alvarez del Vayo ist ein Freund der sowjetischen Revolution." Und ich antwortete ihm: "Herr Botschafter, ein Freund der sowjetischen Revolution von neun-zehn-hundert-und-siebzehn: immer!" (Alvarez del Vayo betont gegenüber Malik hier das Wort 1917 – RM).

ZUM RÜCKTRITT BRANDT'S

"Ich übernehme die politische Verantwortung für Fahrlässigkeiten im Zusammenhang mit der Agenten-Affäre Guillaume und erkläre meinen Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers." Mit diesen Worten begründete "Friedenswilly" seinen Abgang. Tatsache aber ist, daß schon seit Monaten die "Führungsschwäche" Willy Brandts bejammert wird, die als Ursache für Inflation und anwachsende Arbeitslosigkeit herhalten mußte, mit dem Ziel, die wirklichen Ursachen der Krise des Kapitalismus vor den Massen zu verbergen. Der Kanzler wird gewechselt, weil die Kapitalistenklasse im Zeichen der sich verschärfenden Widersprüche des Kapitalismus einen Mann an der Spitze der Regierung braucht, der – weil er nicht wie Brandt das Image des "idealistischen und weltfremden Reformers und Antifaschisten" als Klotz am Bein hat – rücksichtslos eine Politik der verschärften Ausplünderung der Arbeiterklasse und der verschärften Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates gegen die Arbeiterklasse durchsetzen kann.

Sicherlich hat das Agentenstück Guillaumes große Empörung bei der werktätigen Bevölkerung Westdeutschlands ausgelöst. Sie ist empört, weil die westdeutschen Imperialisten um ihrer eigenen imperialistischen Ziele willen das Eindringen des sowjetischen Sozialimperialismus in unser Land begünstigen, die Rivalität zwischen den beiden Supermächten verschärfen und so nicht nur die Unabhängigkeit unseres Landes verraten, sondern auch die Gefahr eines neuen Weltkrieges, die gegenwärtig hauptsächlich aus dem Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft resultiert, verschärfen.

Aber auch die westdeutschen Imperialisten sind betroffen. Sie wiegten sich in der Illusion, mit der "neuen Ostpolitik Brandts", die sie uns mit der massiven Unterstützung der D'K'P-Revisionisten als Friedenspolitik verkaufen wollten, die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten ausnutzen zu können, um ihre eigenen imperialistischen Ziele besser verfolgen zu können. **Mit der Entlarvung des Moskau-Agenten Guillaume erweist sich jetzt, daß die sowjetischen Sozialimperialisten genau über diese Absichten informiert waren, und sie planmäßig für ihre Strategie des Eindringens in Westeuropa ausnutzten.** Darum versuchen die westdeutschen Imperialisten mit allen Mitteln zu vertuschen, daß Guillaume in Wirklichkeit in der Hauptsache nicht als Agent der Vasallenclique um Honnecker, sondern direkt im Interesse der sowjetischen Sozialimperialisten gehandelt hat.

Trotz dieser unbestreitbaren Tragweite des Falles Guillaume ist die Version, die Guillaume-Affäre sei der entscheidende Grund für den Rücktritt Willy Brandts, völlig unglaubwürdig. Nach den Bonner Regeln hätte Brandt keine direkte Verantwortung für die Einschleusung Guillaumes zu übernehmen brauchen. Den Rücktritt Brandts wegen Guillaume hatte nicht einmal die CDU/CSU gefordert. Da wird die Vermutung zwingend, daß der Fall Guillaume zwar der formale Anlaß, aber keineswegs der eigentliche Grund für den Kanzlerrücktritt ist.

Der RM Nr. 14 vom 6. April erschien unter der Schlagzeile: "Krise der SPD? – Krise des Kapitalismus!" Unter diesem Blickwinkel muß auch der Rücktritt Brandts gesehen werden. Inflation, Pleiten, Kurzarbeit, wachsende Arbeitslosigkeit – alle diese Krisenerscheinungen ließ die Bourgeoisie durch ihre Presse der "schlechten Politik der Brandt-Regierung" in die Schuhe schieben, um zu verbergen, daß es das kapitalistische System ist, daß unheilbar in der Krise steckt. Da wurde von der "Führungsschwäche" Brandts geschwafelt, er sei "wirklichkeitsfremd", kümmere sich nicht um "innenpolitische Fragen" usw. In Wirklichkeit hat Brandt natürlich nichts anderes getan, als die Politik durchzuführen, die das Monopolkapital diktierte, eine Politik der Ausplünderung und politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse, des Versuches, alle Folgen der kapitalistischen Krise auf die Werktätigen abzuwälzen.

Aber mit der weiteren Verschärfung der Krise, der die Kapitalistenklasse mit verschärfter Ausplünderung der Arbeiterklasse und verschärfter Faschisierung des Staatsapparates begegnen will, wurde klar, daß Brandts Image, daß die Kapitalisten ihm selbst diktierten, als sie beim letzten Bundestagswahlkampf die die Brandt-SPD "sozialistischen Alternative" hochjubeln ließen, um die Arbeiterklasse wieder stärker an den Parlamentarismus zu ketten, bei der Durchführung dieser Politik immer mehr zum Hemmschuh wurde. Darum wird jetzt der Fall Guillaume zum Anlaß genommen, um Brandt als "große menschlich integre, weitblickende, aber an den Widrigkeiten der schmutzigen Alltagspolitik gescheiterte, historische Persönlichkeit" aus dem Verkehr zu ziehen.

An seine Stelle soll der jetzige Finanzminister Schmidt treten, der bereits 1971 ankündigte: **"Härter arbeiten, schneller arbeiten, mehr Steuern zahlen".** Genau das ist der Kurs, den die Bonner Regierung unter Schmidts Führung steuern soll: verschärfte Ausplünderung der Arbeiterklasse, aller Werktätigen. **Aber die Kapitalisten wissen, daß die Arbeiterklasse den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung weiter verschärfen wird, daß mit der weiteren Verschärfung der kapitalistischen Krise die proletarische Revolution immer stärker auf die Tagesordnung rückt.** Und Schmidt, der als ehemaliger Reichswehroffizier wahrlich nicht mit dem "Ruch des Antifaschisten", als der Brandt dreister Weise von der Bourgeoisie propagiert wurde, behaftet ist, ist auch der Mann, um die Faschisierung des Staatsapparates rücksichtslos voranzutreiben, durch die die Bourgeoisie die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur zur Rettung ihrer Herrschaft vor der proletarischen Revolution vorbereitet.

Genauso wenig wie Brandt wird Schmidt die Krise des Kapitalismus aus der Welt schaffen. Verstärkt werden jetzt die modernen Revisionisten von der D'K'P versuchen, sich selbst als die Partei zu propagieren, deren Reformvorschläge nicht nur den Weg aus der Krise, sondern auch zum Sozialismus weisen. **Nur im schonungslosen Kampf gegen diese Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung werden unter dem Einfluß unserer Partei immer mehr Kollegen erkennen, daß für die Arbeiterklasse, für alle Werktätigen der einzige Ausweg die proletarische Revolution, die Errichtung des Sozialismus ist.**

Fortsetzung von Seite 1

Frankreich...

Alles, was sich wirklich gegen die Herrschaft des Kapitalismus richtete, hat die Bourgeoisie noch immer mit blutigem Terror unterdrückt. Und daran wird sich nichts ändern, bis ihre Herrschaft gewaltsam gestürzt und ihr Unterdrückungsapparat, der bürgerliche Staat, zerschlagen ist.

Nicht die französische Bourgeoisie ist "vernünftig" oder gar "fortschrittlich" geworden, sondern die Mitterand und die Marchais-Revisionisten der 'K'PF haben sich gegen einen Judaslohn bereit erklärt, das blutige Geschäft der Bourgeoisie, die gewaltsame Unterdrückung der werktätigen Massen zu besorgen. Das Geschwätz der Sozialdemokraten vom "Fortschritt wählen", das der 'K'PF-Revisionisten vom parlamentarischen "friedlichen Weg" zum Sozialismus, ist Lüge und Betrug. Demagogie, um die Arbeiterklasse vom Kampf um wirklichen Fortschritt, um wahrhaften Sozialismus abzuhalten, der einzig durch die großen Schlachten des Proletariats, durch die bewaffnete proletarische Revolution erreicht werden kann. Das ist die wahre Aufgabe der Revisionisten immer gewesen.

Als im Mai 1968 das französische Proletariat und mit ihm breite Teile der anderen Werktätigen und insbesondere die revolutionäre studentische Jugend sich zum Sturm gegen die Herrschaft der französischen Monopolbourgeoisie erhoben, als eine wirklich revolutionäre Situation vorhanden war, da waren es die Revisionisten der 'K'PF und ihre revisionistische Gewerkschaft, die die mutigen Kämpfe der werktätigen Massen abwiegelten, den Kampf als gefährliches Abenteuer bezeichneten und zu "Ruhe und Vernunft" aufriefen. In die Reihen der Kampfbereiten trugen sie Verwirrung, schwächten die Front der werktätigen Massen, bis sie gemeinsam mit den Polizeihorden des Monopolkapitals die Kämpfe abgewürgt hatten.

Gemeinsam mit der Bourgeoisie haben die Revisionisten damals das Verbot der Partei vorbereitet, die seit ihrer Gründung für die proletarische Revolution und gegen den Revisionismus gekämpft hat, **das Verbot der marxistisch-leninistischen Partei Frankreichs (PCF/ML). Sie hatte während der Mai-Kämpfe – auch wenn sie damals noch eine junge Partei war – mit größtem Mut gekämpft. Doch das Verbot hat ihren Kampf nicht schwächen können.**

Und 1972, als der Renault-Arbeiter Pierre Overney vom Werkschutz erschossen wurde, war es der heutige Revisionistenführer Marchais persönlich, der auf die Frage, was er denn tun würde, wenn er Innenminister wäre, antwortete: "Wir würden in der Regierung alles daransetzen, um auch noch den letzten Jugendlichen, den letzten Arbeiter, alle, die noch irgendwie von diesen Leuten beeinflußt werden könnten, von diesem Pack fernzuhalten." **Das ist die Antwort eines Revisionisten angesichts eines erschossenen Arbeiters!**

Eben das ist das Programm der sogenannten "Volksfront" Mitterands! Der sozialdemokratische Bürgermeister von Marseille, Deferre, erklärte während der Wahlen offen: Eine Anzahl von kommunistischen Ministern in einer Regierung werde Frankreich viele soziale Unruhen ersparen. Deferre spekuliert auf den demagogischen Trick, mit dem auch die Revisionisten und Reformisten in Westdeutschland den Kampf der Arbeiterklasse schwächen wollen: "Um Himmels willen keinen Klassenkampf, der das 'Rechtskartell' provoziert und die 'fortschrittliche', 'vernünftige' Regierung gefährdet". Diejenigen aber, die auf diese Demagogie nicht hereinfallen, sondern für die proletarische Revolution, den einzigen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse kämpfen, werden zu "Provokateuren" und "Helfershelfern der Reaktion" gestempelt. **Im Schutze dieser Demagogie wird die Faschisierung vorangetrieben, um dann, wenn die Arbeiterklasse den Betrug erkennt, ihren Ansturm in Blut und Terror zu ersticken.**

Doch die wahren Kommunisten in Frankreich werden nicht zulassen, daß der Bourgeoisie und ihren revisionistischen Dienern dieser Betrug gelingt. Die marxistisch-leninistische Kommunistische Partei Frankreichs, die im Kampf gegen den Verrat der 'K'PF-Führer gegründet wurde, hat seit ihrer Gründung die Revisionisten und ihre Betrugsmanöver entlarvt und den Kampf für die proletarische Revolution, für die Befreiung der Arbeiterklasse geführt. Auch jetzt während der Wahl entlarvt sie die Illusionen, die die Bourgeoisie mit ihrem Kandidaten Mitterand und seiner "Volksfront" unter den Werktätigen über den Parlamentarismus erzeugen will. **"Denn die Illusionen auf diesem Gebiet zu zerstören"**, schreibt die marxistisch-leninistische Zeitung "L'Humanite Rouge", **"ist unerläßlich, um dazu beizutragen, das Hindernis des Revisionismus aus dem Wege zu räumen und die subjektiven Bedingungen für die proletarische Revolution zu schaffen."**

Dieser Ausgabe des Roten Morgen liegt eine Beilage über den 1. Mai 1974 bei.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 – 466 (Verlag G. Schubert). Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393. Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unser obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

IGBE - Bonzen:

Angst vor "Wilden Aktionen"

Mit großem Aufwand und Zahlenzauberei versuchen die IGBE-Führer das 12,1%-Ergebnis der um drei Monate vorgezogenen Tarifverhandlungen als "gewerkschaftlichen Kampferfolg" hinzustellen.
Kommentar der Kumpels zu den "zehn harten Verhandlungen": "Und wir bezahlen die auch noch für ihre Augenwischerei."

Wenn IGBE-Vorsitzender Schmidt im gleichen Extrablatt der "Einheit", das den Tarifabschluß hochjubelt, vor "wilden Aktionen" und "unrealistischem Wortradikalismus" sowie "falschen Ratgebern" warnt, dann heißt das nichts anderes, als daß er fürchtet, daß sich die Empörung der Kumpels über die wachsende Arbeitshetze auf den Zechen, über den ständigen, von Kapital und IGBE gemeinsam vereinbarten Lohnraub, in handfesten Aktionen gegen die Zechenherren, aber auch gegen den IGBE-Apparat Luft machen wird.

Die Angst davor, daß der Funke des mehrtägigen Streiks im Saarbergbau auf das Ruhrgebiet überspringen würde, bestimmte von Anfang an das Vorgehen der IGBE-Bonzen. Um sie von selbständigen Aktionen abzuhalten und aus keinem anderen Grund sind die Tarifverhandlungen vorzeitig gekündigt worden. Und mit allen Mitteln versuchten die IGBE-Bonzen sie so zu führen, daß sie sich möglichst allein bei ihren "zehn harten Verhandlungen" und nicht auf den Zechen abspielten. Trotz aller Manöver aber haben die Bonzen nicht erreichen können, daß die sogenannten "falschen Ratgeber", die klassenkämpferischen Kollegen nämlich und vor allem die Kommunisten von immer mehr Kumpels als Freunde und als Vorbilder akzeptiert wurden. So waren auf Blumenthal in Recklinghausen Genossen der KPD/ML, die vor Wochen die Forderung der Kumpels nach 10 Mark mehr pro Schicht vertraten und damit im Gegensatz zum reaktionären Betriebsrat großen Beifall bekamen. Es waren Genossen der KPD/ML, die auf der nächsten Betriebsversammlung anhand des Extrablattes des Roten Morgen entlarvten, daß hinter dem Mitbestimmungsgerede der Bonzen des DGB-Apparates, aber auch der D'K'P, nichts anderes steckt als die Vorbereitung noch größerer Ausplünderung, Antreiberei und politischer Unterdrückung auf den Zechen.

Was die IGBE-Bonzen als "wilde Aktionen" und "unrealistischen Wortradikalismus" verteufeln wollen, das wird für immer mehr Kumpels zur Perspektive in ihrem Kampf: der unversöhnliche Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger.

Kollegen mit Schußwaffe bedroht!

Der am 16. 4. entlassene Kollege Maak sprach zu Schichtwechsel über Megaphon zu den Kollegen. Plötzlich fuhr ein Wagen mit Zivilbullen vor. Die Zivilbullen versuchten, den Kollegen in den Wagen zu zerren, was ihnen aber nicht gelang, denn die anwesenden Kollegen und Verteiler umringten die Bullen, um eine Verschleppung zu verhindern. Die Zivilbullen bekamen Angst. Einer zog seinen Revolver und richtete ihn mit zitternden Händen auf die Kollegen. So brachten sie den Kollegen in den Wagen, aus dem er aber wieder floh. Mit vorgehaltener und entsicherter Schußwaffe konnten sie ihn wieder einfangen, während noch mehr Bullen anrückten. Die aus dem Werk kommenden Kollegen empörten sich: "Wie 33", "Sonst können die Bullen nichts arbeiten" usw.

Durch die Fenster des Verwaltungsgebäudes schauten sich die Herren Kapitalisten gemeinsam mit einigen Betriebsräten das "Schauspiel" an, das sie wohl selbst inszeniert hatten.

Genauso wie die OPEL-Kapitalisten gemeinsam mit den Perschke-Betriebsräten für die Entlassung des Kollegen sowie anderer revolutionärer Kollegen wie Rudi Wischnewski gesorgt haben, genauso setzen sie ihren Staatsapparat, ihre bewaffneten Truppen gegen die kämpfende Arbeiterklasse ein. Dieser Polizeieinsatz zeigt, wie rissig und brüchig die "demokratische" Fassade dieses kapitalistischen Systems ist, das wahre Gesicht der Kapitalisten, blutbefleckt von dem Blut Tausender Menschen tritt deutlicher zu Tage. Mit Gewalt und brutaler Unterdrückung versuchen die Kapitalisten ihre Herrschaft zu sichern. Dieser Polizeieinsatz ist ein Beweis dafür.
(Aus: "Zündkerze", Betriebszeitung der KPD/ML bei Opel/Bochum).

politische Entlassung bei Beiersdorf:

Sofortige Wiedereinstellung von Inge Humburg!

Am 26. April erhielt die Kollegin Inge Humburg, Chemielaborantin im 1. Lehrjahr bei Beiersdorf Hamburg, ihre fristlose Entlassung. Der Grund: die Kollegin ist Sympathisantin der KPD/ML und aktives Mitglied der ROTEN HILFE. Natürlich wagten es die Beiersdorf-Kapitalisten nicht, den wahren Grund für die Entlassung offen zuzugeben. Unter Berufung auf die "Probezeit" weigerten sie sich überhaupt, einen Grund zu nennen. Die Empörung der Kollegen über diese politische Entlassung war so groß, daß sich ihr Ausbilder bei der Geschäftsleitung beschwerte und ein Kollege erklärte: "Das ist ja wie bei Hitler!"

Noch einen Tag bevor der Betriebsrat über die Kündigung endgültig beschließen sollte, nahmen Partei und ROTE GARDE den Kampf gegen die politische Entlassung auf.

ERSTE ERFOLGE

Wir riefen die Kollegen dazu auf, Inge durch Unterschriftensammlungen, Proteste beim Betriebsrat und Teilnahme an einer Protestveranstaltung kämpferisch zu unterstützen. Der offensive Kampf von Partei und ROTER GARDE zeigte einen ersten Erfolg: der Betriebsrat lehnte unter dem Druck der Solidarität Inges Entlassung mit 8:13 Stimmen ab. Trotzdem war Inge entlassen: denn die "Probezeit" in der kapitalistischen Ausbildung ist nur ein besseres Wort für völlige Rechtlosigkeit der Lehrlinge.

Obwohl reaktionäre Gewerkschaftsbonzen aus dem Vertrauensleutekörper-Vorstand Inge ins Gesicht gesagt hatten, sie würden keinen Finger rühren gegen ihre Entlassung, kämpften Inge und die Partei für Rechtsschutz durch die Gewerkschaft. "Vorläufig" mußte IG-Chemie-Bonze Walter Holst Inges Antrag auf Rechtsschutz zustimmen, weil seine eigenen Juristen erklärt hatten, eine Klage hätte Aussicht auf Erfolg. "Vorläufig", denn sie werden versuchen, Inge aus der IG-Chemie auszuschließen: Bonze Holst forderte Inge auf, sich von dem ROTEN BEIERSDORFER, der Betriebszeitung der Beiersdorf-Zelle der KPD/ML zu distanzieren, da sonst das "Vertrauensverhältnis" gestört sei.

D'K'P UND 'K'B – BRÜDER IM VERRAT

Volle Unterstützung findet die konterrevolutionäre Revers-Politik bei den Revisionisten: D'K'P-Jugendvertreter Brix forderte den Ausschluß der "gewerkschaftsfeindlichen, antidemokratischen Kräfte", die im ROTEN BEIERSDORFER die Geschäftsleitung und die Gewerkschaft ständig provozieren würden. Ins selbe Horn bläst der 'K'B, ein revisionistischer Zirkel. Er rührt keinen Finger zum Kampf gegen die politische Entlassung. Persönlich von Inge zur Solidarität aufgerufen, verstieg sich einer ihrer Vertreter sogar zu der unverschämten Behauptung, die Entlassung Inges sei keine Provokation der Beiersdorf-Bosse, sondern eine Provokation von Inge und der KPD/ML. Diese Leute sind dieselben "Kommunisten", die als gewerkschaftliche Vertrauensleute getarnt gemeinsam mit der D'K'P und reaktionären Betriebsratsfürsten von Beiersdorf den reaktionären Maiaufruf des DGB verteilen und für die gewerkschaftliche Mitbestimmung die Trommel rühren.

DER KAMPF GEHT WEITER!

Kleber im Betrieb, Parolen an den Wänden, Protestveranstaltungen – die Partei kämpft. Inge hat mit Unterstützung eines Anwalts der ROTEN HILFE eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht beantragt. Der Prozeß wird keine Sache für juristische Spitzfindigkeiten sein, zu dem ihn die DGB-Anwälte machen wollen, sondern er wird ein Forum des Kampfes gegen politische Unterdrückung sein. Um und vor dem Betrieb werden Partei, ROTE GARDE und ROTE HILFE Anklage gegen unsere Unterdrücker führen und die kämpferische Solidarität weiter festigen.



Einkalkulierter Mord der Opel-Kapitalisten

Nachruf auf den Kollegen Ulrich Weißner

Der Kollege hatte als Stapelfahrer bei Opel gearbeitet. Täglich machte er seine Arbeit wie wir auch. Ihn bedrückten die gleichen Sorgen wie uns auch. Der Lohnraub, die Teuerung, die Kurzarbeit, die Unsicherheit über unsere Arbeitsplätze. Wie lange würde er seinen Arbeitsplatz noch behalten, wie lange würde er seine Familie noch mit seinen gesunden Knochen ernähren können? Er spürte wie wir die Rechtlosigkeit und Armseligkeit des Arbeiterlebens in dieser Ausbeutergesellschaft. Er führte ein Leben, zu dem Millionen von uns verdammt sind. Verdammt zur Lohnsklaverei, verdammt dazu, bis aufs Blut ausgepreßt zu werden.

Am Freitag, den 19. 4. sollte er auf Spätschicht in D5 fahren. Am Abend passierte es. Er fuhr mit seinem großen Stapler unter das an dieser Stelle zu tief hängende Gestell vom Motoren- und Achsenband. Sein noch nicht ganz eingefahrener Ausleger blieb am Gestell hängen, der Stapler drehte sich, er wurde vom Sitz geschleudert und dann kippte der tonnenschwere Stapler auf ihn zu. Viele Kollegen stürzten herbei, um ihm zu helfen, doch jede Hilfe kam zu spät. Die profitgierigen Opelkapitalisten hatten es nicht einmal für nötig gehalten, das Band abzustellen. Jetzt versuchen sie den Tod unseres Kollegen als Eigenverschulden hinzudrehen.

Kollegen, der Tod unseres Kollegen Ulrich Weißner war kein Eigenverschulden, sondern **das war wohlkalkulierter Mord der Opelblutsauger!**

Was bedeutet das Leben eines Arbeiters und seiner Familie für die Kapitalisten? – Nichts!! Er ist für sie nur ein "Zubehör" zur Maschine. Er soll Profit bringen, sonst nichts! Er wird von ihnen so niedrig wie möglich kalkuliert. Er, der alles schafft, darf nicht mehr "kosten", als er und seine Familie gerade zum Leben braucht; und nicht einmal das ist ihm wirklich sicher. – Deshalb ist jede Vorkehrung gegen den Unfall und Gesundheitsschäden an den Produktionsanlagen ein überflüssiger "Kostenfaktor". Deshalb kalkuliert der Kapitalist kaltblütig das "Verschleißteil" Arbeiter mit ein. Es wird preiswerter als alle Sicherheitsvorkehrungen, besonders wenn man die niedrige Rente der Witwe bedenkt. Genau deshalb starb unser Kollege, und deshalb war es wohlberechneter, kaltblütiger Mord!

Wenn wir monatlich Unfallverhütungsvorschriften unterzeichnen müssen, so dient das nur der Absicherung der Opelkapitalisten; denn jeder weiß selbst, die Arbeitshetze bewirkt, daß man ausreichende Vorsicht außer Acht läßt, ja außer Acht lassen muß! Das ist das Entscheidende am Tod unseres Kollegen.

Auf die Arbeitshetze können die Kapitalisten nicht verzichten. Die Produktion muß irrsinnig gesteigert werden, der Profit muß ins Unermeßliche wachsen. Die Kapitalisten wollen ihr Monopol erhalten, wollen ihren Weltmarktsanteil weiter ausbauen. Sie müssen es, sonst werden sie von anderen Monopolkapitalisten gefressen, anderen Imperialisten gefressen. Dieser Irrsinn ist im Imperialismus, dem höchsten und letzten Stadium des Kapitalismus unabdingbares Gesetz. Die Opelkapitalisten wollen es nicht anders, und was wichtiger ist, sie können es gar nicht anders! Und dabei gehen tausende und abertausende unserer Klasse drauf – es ist für die Kapitalistenklasse egal. Sie und ihre ganze Klasse reiben sich die Hände, denn was wir in Blut und Schweiß erschuften müssen, davon haben sie bisher gut gelebt und gepraßt!

Kollegen, den Tod unseres Klassenbruders nehmen die Ausbeuter so leicht wie das Gewicht einer Feder. Für uns aber ist sein Tod bedeutungsvoll und wiegt schwer, weil er einer von uns war, ein Prolet, ein Klassenbruder! Wir ballen angesichts seines grausamen Todes die Faust. Sein Tod lehrt uns zum abertausendstem Male Haß und unversöhnlichen Kampf den Ausbeutern, dem Kapitalismus! Wir wollen keine Opfer sein.

Wir werden die innersten Hoffnungen dieses Kollegen auf ein besseres Leben hochhalten. Wir werden gegen unsere Mörder aufstehen, um ihr Joch abzuwerfen. Wir werden unser Schicksal selbst in die Hand nehmen, um unsere eigene Macht, unseren Staat, die Diktatur des Proletariats über die Kapitalistenklasse zu errichten. Solange bis der Kapitalismus vom Erdboden mit allen Überresten beseitigt ist! Deshalb rufen wir unserem Kollegen Ulrich Weißner als letzten Gruß zu: UNSER BLUT SEI NICHT MEHR DER RABEN UND DER MÄCHT'GEN GEIER FRASS, ERST WENN WIR SIE VERTRIEBEN HABEN, DANN SCHEINT DIE SONN' OHN' UNTERLASS!

Revisionistisches

APPLAUS FÜR POLIZEI-TERROR

In Bremen hielten Genossen auf einem Marktplatz eine revolutionäre Kurzkundgebung ab. Sie forderten die Werktätigen auf, einen klaren Trennungsstrich zum Regierungsmai zu ziehen und am Roten 1. Mai teilzunehmen.
Auch die D'K'P-Revisionisten machten auf dem Marktplatz ihre Mai-Propaganda: sie verteilten Luftballons.

Als schließlich Polizei versuchte, unsere Genossen an der Propaganda zu hindern und eine Genossin festnahm, entlarvten sich die Revisionisten vor allen Anwesenden als offene Feinde des Kommunismus. Die Genossin, die festgenommen wurde, schreibt uns:

"Als die Bullen an dem Stand der Revisionisten mit mir vorbeikamen, klatschten einige von diesen Verrätern Beifall und eine rief sogar: 'Ha, ha, die Kommunisten werden verhaftet!'
Ich meine, dieser Beifall spricht für sich selbst."

ARBEITSWELT – KEIN THEMA FÜR BONZEN VOM SCHRIFTSTELLERVERBAND

Zu Stalins Lebzeiten stand der sowjetische Schriftstellerverband fest an der Seite des Proletariats und unterstützte mit seinen mitreißenden Werken den Kampf des Sowjetvolkes beim Aufbau des Sozialismus. Heute aber ist dieser Verband ein Apparat der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion. Ein Mitglied dieses Verbandes hat praktisch ausgesorgt: der Verband verschafft Landhäuser, Ferienplätze, Reisen und zahlt "Gehälter".

Doch immer mehr verfangen sich die Revisionisten in ihren eigenen Stricken: die völlige revisionistische Entartung tritt immer offener zu Tage. So sehen die Revisionisten sich jetzt gezwungen, in den Zeitungen der Sowjetunion einen Wettbewerb auszuschreiben, der mit hohen Preisen versehen ist, um "ein Werk zu finden, daß wirkliche Arbeitswelt widerspiegelt."

NIEDER MIT DEN SPALTUNGSVERSUCHEN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG!

Die Ortsgruppe Westberlin-Schöneberg der ' Liga gegen den Imperialismus" erweist einmal mehr, wie schädlich der Einfluß der opportunistischen Linie der GRF-Führer in dieser Organisation ist. In einem Flugblatt, das zu einer Veranstaltung "England – der Kampf Klasse gegen Klasse nimmt mit jedem Tag an Schärfe zu" aufruft, wird unter anderem folgender Diskussionspunkt genannt: "Warum gibt es in England keine revolutionäre kommunistische Partei? "

Blicken diese Herren über den Rand von Westberlin nicht hinaus? Wissen sie nicht, was in der Welt vorgeht? Daß die Communist Party of Britain (Marxist-Leninist) mit ihrem Zentralorgan ' The Worker' schon bestanden hat, als Leute wie Horlemann noch offen dem Trotzkismus und Revisionismus huldigten?

Sie wissen das sehr wohl! Ihre Verlogenheit zeigt vielmehr, daß sie



An der Spitze einer Parteidelegation wird der Vorsitzende der CPB(M-L), Reg Birch, bei seiner Ankunft in China herzlich von Tschou En-lai begrüßt.

auch heute noch Revisionismus und Trotzkismus praktizieren, daß sie "tükken und spekulieren", um die kommunistische Bewegung zu spalten und zu schwächen. In Zusammenarbeit mit opportunistischen Spaltern in den Niederlanden, Spanien, Italien, der Schweiz und anderswo wollen sie Verwirrung in die Reihen der wahren Marxisten-Leninisten dieser Länder tragen. Kein anderes Ziel hat auch die Veranstaltung in Westberlin.

Vor dem roten 1. Mai:

Zu Besuch bei einer Hamburger Arbeiterfamilie

"So kann es nicht weitergehen', "Da kommt der Kommunismus" hört man immer häufiger. Eine alte Genossin, die den Hamburger Führer der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann, noch persönlich kannte, sagt bei einem Besuch nach der Wahl: "3.000 Stimmen. Das ist der Anfang. Liebknecht und Luxemburg waren zuerst auch nur wenige. Ihr werdet hochkommen, aber nur, wenn Ihr an Eurer revolutionären Linie stets festhaltet, keine Bonzen wie in der DDR aufkommen laßt.

Zur Vorbereitung des 1. Mai besuchten wir verstärkt neue Freunde, die wir während des Wahlkampfes gewonnen haben. Das Denken und Fühlen dieser Arbeiterfamilien ist der Beweis für die Richtigkeit der Linie der KPD/ML. Der Marxismus-Leninismus wird unbedingt die Massen ergreifen! Besonders eine Familie ist typisch für die Entwicklung des revolutionären Denkens unter den Massen.



Wir werden in die Wohnstube gebeten. Mit Vater, Mutter und Sohn sitzen wir am Tisch. Beide Männer arbeiten im gleichen Großbetrieb. Der Vater, ein ruhiger, erfahrener Klassenkämpfer. Haß gegen das Kapital spricht aus jedem Satz. In der Gewerkschaft hat er alles hingeschmissen, gegen die Bonzen kommt er alleine nicht an, und eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) gibt es im Betrieb noch nicht. Die Mutter herzlich und von der Gerechtigkeit der Sache der Arbeiterklasse überzeugt. Der Sohn mit militantem Geist, ein jugendlicher Rebell, noch mit etwas jugendlichem Leichtsinn. Von seiner Zeit beim Bund erzählt er die tollsten Sachen: Wie er beim Marschieren den ganzen Zug aus dem Takt und die Offze und Uffze zur Raserei gebracht hat, jede Menge Diszis kassiert hat, wie sie nachts die Offiziere in die Mangel genommen haben!

Der Kommunismus ist in diese Familie bisher nur über unsere Flugblätter vorm Betrieb eingedrungen, doch die werden immer gründlicher gelesen. Ihr Klassenstandpunkt ist so unerschütterlich, daß sie sich vom modernen Revisionismus nicht einfangen lassen. Den Bonzenstaat in der DDR verurteilen sie genauso wie das kapitalistische System hier in der DBR. Und die D'K'P? Für sie ist es eine "bessere" SPD. Und davon haben sie die Nase voll. Alle drei haben sie die KPD/ML gewählt.

Morgens nach dem Verkauf des ROTEN MORGEN kommt der Sohn gerade aus der Nachtschicht. Wir trinken Kaffee und unterhalten uns wieder. Er will immer mehr wissen, will sich seine Flausen aus dem Kopf schlagen und mit uns kämpfen. Er fragt uns: Was ist Imperialismus? Was ist Faschismus? Was ist Revisionismus? "Ihr schreibt das immer in Eurer Zeitung und da muß ich doch wissen, was das ist!" Einmal hatte er auch die 'K'VZ gekauft. Er kannte den Unterschied zum ROTEN MORGEN noch nicht. "Aber", meint er, "die war ja gar nicht rot. Auch äußerlich nicht. Die war ja ganz schwarz!" Trotzdem, die opportunistischen Zirkel verwirren ihn etwas. Aber vom Kommunismus, der Revolution hört er von denen nichts. Das hat er gemerkt. Der 'K'BW wollte ihn mit der Parole ' Weg mit der Schichtarbeit!" zum Regierungsmai mit Brandt und Vetter schicken! "Die müssen doch spinnen!" empört er sich. Er ist immer mehr beeindruckt von dem großen Ziel der Arbeiterklasse, dem Kommunismus.

Ein paar Tage später, beim Verteilen des Maiaufrufs unseres ZK's, treffen wir ihn wieder und gehen zusammen weg. Er sieht verändert aus. "Ich war gleich nach unserem Gespräch neulich beim Friseur. Wenn ich jetzt ein richtiger Kommunist werden will, muß ich doch kurze Haare haben", erzählt er uns begeistert. Dabei hatten wir darüber gar nicht gesprochen! Außerdem gibt er uns 12,-- DM. Das nächste Mal sollen wir seiner Mutter "Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze, Bd. I" mitbringen. Im nächsten Monat hat sie das Geld für Band II. Sie hatte das Buch aus dem Katalog der Gewiso ausgesucht, den die Partei mit Flugblättern und Einladungen verschickt hatte.

Am nächsten Samstag haben wir es dabei. "Alle behaupten, daß Sie recht haben. Man muß aber vor allem prüfen, ob es für die Arbeiter richtig ist", sagte sie, "und bei allem muß man wissen, wie es entstanden ist." Sie weckt den Sohn, der wieder Nachtschicht gehabt hatte. Während der Schicht hatte er seine Wandlung in den vergangenen Wochen in einem kurzen Gedicht zusammengefaßt. Zu unseren Mai-Veranstaltungen wollen sie alle kommen. Der Vater zögert noch, da er wegen der Schicht zu müde ist. "Komm, Du sagst doch selbst immer: einer muß den Anfang machen", stachelt ihn seine Frau an.

Daß der Sohn sich in die Front des revolutionären Klassenkampfs einreiht, darüber freuen sich beide Eltern aus vollem Herzen, obwohl sie wissen, daß der Kampf Opfer kosten wird. "Kommunismus, für die Arbeiter sich einzusetzen, das ist richtig", sagen sie.

Diese Familie, ihre Herzlichkeit untereinander und ihre Kampfentschlossenheit, begeistert uns.

So wie hier, schlägt die Partei überall in den Betrieben und Stadtteilen Wurzeln, wird die Revolution als der einzige Ausweg aus dem Elend des Volkes erkannt. Im Kampf gegen den modernen Revisionismus der D'K'P schreitet die Partei auf dem Weg der Gewinnung der Fortschrittlichsten des Proletariats für den Kommunismus voran. Die D'K'P und auch die opportunistischen Zirkel, die sich kommunistisch nennen, können gegen die Partei hetzen, wie sie wollen, sie können das Rad der Geschichte nicht aufhalten. Auch wenn wir am 1. Mai nur einige Hundert sein werden, wir wissen: Die Gewinnung der Avantgarde des Proletariats im unversöhnlichen Kampf gegen alle Verräter an der kommunistischen Idee ist heute das Entscheidende. Der Tag der Erhebung der Massen wird kommen. Darauf müssen wir uns bereits heute vorbereiten. Ohne fest geschmiedete Avantgarde, ohne Führung durch eine starke, wahrhaft marxistisch-leninistische Partei kann der Sieg in der bewaffneten Revolution über unsere verfluchten Ausbeuter nicht errungen werden.

Wir werden von diesen neu gewonnenen Freunden herzlich verabschiedet. Als wir auf die Straße treten, blikken wir noch einmal hoch. Die ganze Familie steht auf dem Balkon und winkt zum Abschied. Der Sohn hebt die Faust: ein neuer Genosse! Sein Gedicht – in der Nachtschicht schnell geschrieben – hat er uns mitgegeben:

Vers eines Überzeugten

An einem Tag vor der Arbeit ich stand,
Bekam ich ein Flugblatt der KPD/ML in die Hand.
Kurz durchgelesen ganz ohne Sorgen,
Schmiß ich ihn weg, den ROTEN MORGEN.

Zwei Wochen später, ich weiß es genau,
Stand vor meiner Tür 'ne zierliche Frau.
Sie wollt' mich über den Kommunismus belehren;
Ich sagte zu ihr: "Sie können umkehren!
Und damit Sie es gleich wissen:
Vom Kommunismus wird man beschissen!"

Die Tür war zu. Mein Vater fragt:
"Wer hat denn vor der Tür getagt?"
Ich sagte zu ihm: "Das sind die Kommunisten."
Er sprach: "Laß sie rein, sind besser als Faschisten."

Die Frau ließ ich rein. Wir haben lange diskutiert,
Und allmählich hab' ich kapiert,
Daß hier bei uns der Kapitalismus regiert.

Drum glaub' es mir auch Du, Kolllege,
Wir schreiten unsere eignen Wege,
Nehmen das Schicksal jetzt selbst in die Hand
Und kämpfen für ein sozialistisches Vaterland!

Zur Vernichtung all dieser Bosse
Heb' ich die Faust, ein neuer Genosse!

Fußballweltmeisterschaft:

Rummel und Profit für die Macht des Kapitals

Spannende Spiele - das ist die hauptsächliche Erwartung, die die meisten Kollegen mit der vom 13.Juni bis 7.Juli stattfindenden Fußballweltmeisterschaft verbinden. Millionenprofite, weiterer Ausbau und verstärkte Zentralisierung des Polizeiapparates, erneute Großeinsätze von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz im Innern, eine Demonstration der Stärke des westdeutschen Imperialismus gegen seine imperialistischen Konkurrenten, gegen die Völker der Welt und vor allem gegen die westdeutsche Arbeiterklasse und alle Werktätigen Westdeutschlands - das will die westdeutsche Monopolbourgeoisie durch dieses Spektakel erreichen.

Millionen von Steuergelder (mindestens 250) wurden für den Bau bzw. Ausbau von riesigen Stadien verpulvert, die den weitaus größten Teil des Jahres leerstehen werden, in denen in der Regel lediglich alle 14 Tage für 90 Minuten die Stars des Profifußballs auftreten werden. Für den breiten Massensport stehen diese Stadien natürlich nicht zur Verfügung. Dabei wissen Schüler- und Betriebsfußballmannschaften häufig genug nicht, wo sie ihre Spiele austragen können. Dabei bieten die Sporteinrichtungen in den Schulen oft genug mehr Unfallrisiken als vernünftige Sportmöglichkeiten.

Während der Massensport im Kapitalismus systematisch ruiniert wird, wird der Profisport - wie vor allem beim Fußball - vom Kapital mit zig Millionen gehegt und gepflegt. Denn der Profisport ist für die Kapitalisten ein Riesengeschäft. Zig Millionen haben sie beispielsweise am Stadienbau für die Fußballweltmeisterschaft verdient. Mit dem Profisport trieben die Kapitalisten vor allem die Ausweitung der Sportindustrie zu einem großen Industriezweig voran.

Der Profisport - wie das bevorstehende WM-Spektakel - dient nicht nur dem Profit der Kapitalisten, sondern ist auch eine politische Waffe zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Kapitalisten über die Arbeiterklasse. **Der Massensport basiert auf Vorstellungen von Kameradschaft, Fairness, Mannschaftsgeist usw., die für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse sehr positiv sind.** Der Profisport dagegen trägt die unerbittliche Konkurrenz im Kampf um die Prämien Feinddenken, Brutalität usw. in die Sportbewegung. Zum höchsten Ziel der "Sportlerlaufbahn' propagiert er den Aufstieg einiger weniger Stars zu kleinen Kapitalisten.

Wie die Olympiade in München ist auch die Fußballweltmeisterschaft für die westdeutschen Imperialisten von großer politischer Bedeutung. Sie wollen vor der Welt ihre gewachsene Stärke demonstrieren .Vor allem wollen sie auch die Niederlage von München wettmachen, wo der offensive Kampf unter der Führung der Partei am Roten Antikriegstag den olympischen Friedensschleier zerriß und die westdeutschen Imperialisten mit den Schüssen von Fürstenfeldbruck endgültig die Maske der "Völkerfreundschaft" fallenlassen mußten. Sie wollen mit der Fußballweltmeisterschaft demonstrieren, daß sie sich im imperialistischen Konkurrenzkampf wieder eine starke Position errungen haben.

Vor allem benutzen die westdeutschen Imperialisten die Fußballweltmeisterschaft, um den Polizeiapparat, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr weiterauszubauen, die Zentralisierung dieser Bürgerkriegstruppen voranzutreiben, um sie noch besser auf ihre wichtigste Aufgabe, der gewaltsamen Aufrechterhaltung der Kapitalistenherrschaft gegen den Ansturm der Arbeiterklasse auszurichten. So kündigt der 'Spiegel' an: "Vier Wochen herrscht in der Bundesrepublik eine Art Ausnahmezustand". Schon seit Monaten werden immer wieder Zwischenfälle bei Fußballspielen in der bürgerlichen Presse ausgewalzt. Und DFB-Funktionäre wie der WM-Organisator Neuberger jammern progammgemäß: "Eben weil die Polizei nicht vorsorglich 10 Minuten vor Spielende aufgezogen war."

Der imperialistische Staat hat sich dem Schrei der Fußball-Bosse nach der "Polizei" natürlich nicht verschlossen, zumal er mit dem NRW-Innenminister Weyer einen "würdigen Vertreter' im DFB-Vorstand hat. **So soll die Polizei der einzelnen Bundesländer bei der Weltmeisterschaft erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik einem zentralen Kommando unterstellt werden.**

Diese Bürgerkriegsvorkehrungen richten sich gegen die Völker der ganzen Welt. Während die offizielle Propaganda die "Völkerfreundschaft" beschwört, werden zum Beispiel alle Chilenen, die vor der Faschistenjunta in die DBR geflüchtet sind, als sogenannte "Risikopersonen eingestuft, was verschärfte Überwachung und Bespitzelung bedeutet. Die hier hochgejubelte "Völkerfreundschaft" ist die Freundschaft der Imperialisten gegen die kämpfenden Völker.

Die bürgerliche Presse redet nur von "ausländischen Terroristen", aber damit kann sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Maßnahmen der verschärften politischen Unterdrückung, des weiteren Ausbaus und der weiteren Zentralisierung der Bürgerkriegstruppen des Kapitals sich - wie das ganze Imperialistenspektakel, zu dem hier der Fußballsport mißbraucht wird, gegen die Arbeiterklasse, gegen alle Werktätigen richten.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Nieder mit dem revisionistischen Verrat am Kampf des chilenischen Volkes !

Mit unbeschreiblichem Terror knechtet die chilenische Junta seit acht Monaten das Volk. Tausende politischer Gefangener, in KZ's gefoltert, "auf der Flucht erschossen"; Massenprozesse vor faschistischen Militärtribunalen: 47 Angeklagte in der Provinz Cautin, wegen "illegalen-Waffenbesitz und Angriffen gegen die innere Staatssicherheit"; 20 Angeklagte in der Provinz Valvidia, 64 in Santiago; 95 Todesurteile wurden seit September verhängt – fünf davon allein im April, und das sind offizielle Zahlen; Massenverhaftungen wie in Valparaiso, wo im April an einem einzigen Tag 26 Menschen eingekerkert wurden; in allen Großbetrieben des Landes hat die Junta Soldaten als "Überwachungsposten" stationiert, um die US-Imperialisten zu schützen, um jeden Widerstand im Keim zu ersticken. "Wir werden wie bisher fortfahren", drohte Juntageneral Leigh, ' weil es vorzuziehen ist, in drei Tagen Hunderttausend Tote zu haben, statt in drei Jahren eine Million wie in Spanien."



Die Imperialisten, allen voran die US-Verbrecher, die den Juntaputsch angezettelt haben, scheffeln wieder Profite in Chile. "In Chile investieren – jetzt!" hieß es in einer Annonce der "Frankfurter Allgemeinen" wenige Tage nach dem Putsch. Die chemischen und petrochemischen US-Konzerne, die die Regierung Allende enteignet hatte, sind zurückgekehrt. Heuchlerisch "distanzieren" sich die Imperialisten in aller Welt von den blutigen Verbrechen der Junta. In Wahrheit aber waren sie es, die das Regime Pinochet an die Macht putschten, die es noch heute unterstützen. Denken wir nur daran, wie die westdeutschen Imperialisten chilenische Flüchtlinge behandelten: Keiner erhielt politisches Asyl, der nicht von der Delegation des Verfassungsschutzes in Santiago "genehmigt" war; Flüchtlinge, die trotzdem in die DBR einreisten, wurden ausgewiesen.

Doch wer sagt, daß die US-Imperialisten und ihre faschistischen Handlanger den Kampf des chilenischen Volkes niederschlugen, der hat erst die halbe Wahrheit gesagt. **Es waren die modernen Revisionisten, die den Sieg der Junta möglich machten, es waren die modernen Revisionisten der 'K'P Chiles unter Corvalan, die das Volk entwaffneten und seinen Henkern auslieferten.**

Moderne Revisionisten sind Wegbereiter des Faschismus. Chile hat diese wissenschaftliche, marxistisch-leninistische Analyse der Geschichte den Völkern der Welt eindringlich vor Augen geführt. Mit gewaltigem Propagandarummel versuchen die Revisionisten in aller Welt, diese Tatsachen zu vertuschen, die Entlarvung ihrer verbrecherischen Ideologie zu verhindern. Unter dem Deckmantel der "Solidarität mit Chile" lügen sie ihren Verrat am chilenischen Volk, an der Revolution um in einen "Sieg der Theorie vom friedlichen Übergang zum Sozialismus". So schrieb Valedia Teitelboim, Mitglied des Politbüros der 'K'P Chiles, in der revisionistischen "Humanite" nach dem Putsch: "Nach dem 11. September fragen sich viele Menschen: Kann das Volk auf friedlichem Wege zur Macht gelangen? Gewiß, jeder Mensch hat das Recht, diese Frage auf seine Weise zu beantworten. Unsere Partei antwortet: Dieser Weg ist nicht ausgeschlossen, trotz des Sturzes der Volksfrontregierung. Das chilenische Experiment hat glänzend bewiesen, daß es möglich ist, eine Volksfrontregierung zu bilden nach dem Wahlsieg der Linkskräfte."

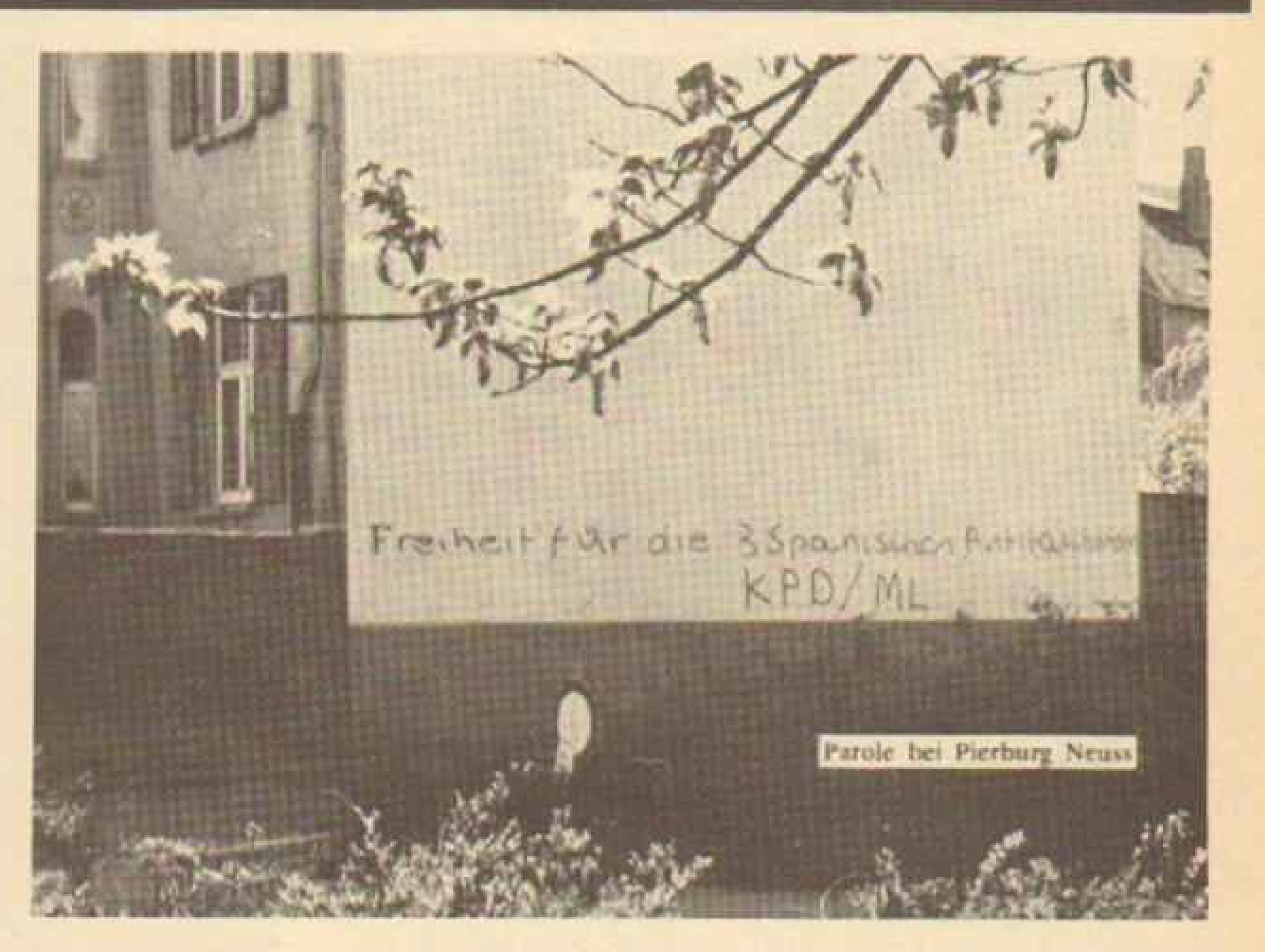
Jedermann weiß, wohin das "chilenische Experiment" der Revisionisten führte: In eine blutige, faschistische Diktatur! Welch unverschämter Zynismus, welche Verhöhnung der Völker, die Unterdrückung Chiles zu feiern als Sieg der Theorie vom "friedlichen Übergang"!

Die faschistische Unterdrückung Chiles hat in aller Welt eine große Welle der Solidarität ausgelöst. In diesem weltweiten Kampf gegen Imperialismus und die faschistische Junta versuchen die modernen Revisionisten heute, die Führung an sich zu reißen, die Solidarität mit dem chilenischen Volk zu unterminieren und verraten den Kampf des chilenischen Volkes gegen Imperialismus und Reaktion täglich aufs Neue. Kein Tag, an dem nicht die "UZ" und das "Neue Deutschland" die Knechtung Chiles bejammern. Sie leugnen die wachsenden Kämpfe des chilenischen Volkes, stellen das Land dar als Totenhaus, in dem die Junta jeden Widerstand brechen konnte. Sie gehen damit hausieren, daß die Militärjunta heute auch Revisionistenführer der 'K'P Chiles wie Corvalan vor Gericht stellt und mit dem Tode bedroht, und versuchen damit zu "beweisen", daß sie die am meisten Verfolgten und deshalb auch die mutigsten Vorkämpfer des Volkes sind.

Als Marxisten-Leninisten sprechen wir uns entschieden gegen eine Verurteilung Corvalans durch Gerichte der Junta aus. Daß aber die Pinochet-Clique, wie jedes andere faschistische Regime, auch Arbeiterverräter vom Schlage Corvalans vor Gericht zerrt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß niemand anders als diese Verräter den Sieg Pinochets überhaupt möglich machten. Wer heute den Kampf des chilenischen Volkes unterstützen will, der muß die unverschämte Heuchelei entlarven, mit der die modernen Revisionisten die Führung in der weltweiten Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk an sich reißen wollen. Die abwieglerischen Lügen der Revisionisten, die die Kämpfe in Chile leugnen, nur die Verbrechen der Junta betonen und den revolutionären Ausweg für das chilenische Volkverraten, sollen das Volk demoralisieren und unterstützen die Feinde des Volkes. Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles hat diese Art von "Solidarität" entschieden zurückgewiesen. (Siehe Erklärung auf der 1. Seite)

Im Gegensatz zu den Lügen der Revisionisten hat das chilenische Volk nicht aufgehört zu kämpfen, Auch wenn heute nicht die Zeit einer breiten Offensive gekommen ist, hat das chilenische Volk sein Kampfziel, die Vertreibung der Imperialisten und ihrer einheimischen Lakaien, niemals aus den Augen verloren. Im Gegenteil! Die blutigen Opfer, die der Verrat der Revisionisten forderte, haben dieses Ziel, haben den revolutionären Weg des bewaffneten Kampfes noch klarer und deutlicher gemacht. Die spontanen Kämpfe in Chile zeigen, daß die Widerstandskraft des Volkes ungebrochen ist. In vielen Teilen des Landes setzen sich Partisanentruppen bewaffnet gegen die Junta zur Wehr. Die Bergarbeiter streikten. In Santiago demonstrieren Schüler und Studenten. Immer wieder werden Militärpatrouillen überfallen, Soldaten des Regimes getötet. In Arena sprengten Partisanen das Munitionsdepot in die Luft. Bei der Beisetzung des von faschistischen Folterknechten ermordeten ehemaligen Ministers Toha Ende März erreichten diese Kämpfe einen neuen Höhepunkt: Mehr als 2 000 Menschen demonstrierten unter dem Gesang der "Internationale" und lieferten den Juntasoldaten eine Straßenschlacht.

Niemals werden diese Menschen den Verrat der modernen Revisionisten vergessen! Im Kampf gegen Revisionismus und Trotzkismus gilt es, die zum Kampf bereiten Massen zusammenzuschließen. Unter Führung der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, die den revisionistischen Verrat unermüdlich entlarvt, werden sie die US-Imperialisten und alle ihre Handlanger in der bewaffneten Revolution niederringen.



Parole bei Pierburg Neuss

Freiheit für spanische Patrioten !

Aus Angst vor revolutionären, kämpferischen Maidemonstrationen haben die Franco-Faschisten kurz vor dem ersten Mai eine neue Verhaftungswelle durchgeführt. Am 27. April wurden in Alicante und Barcelona 41 fortschrittliche Menschen eingekerkert. Zwei Tage später verhaftete das Regime 20 Freiheitskämpfer wegen "Zugehörigkeit zur FRAP". Jeder weiß, was auf die Verhafteten wartet: Folter im Gefängnis, lange Freiheitsstrafen, vielleicht der Tod - mehrmals haben in den letzten Monaten Francos Folterknechte politische Gefangene ermordet.

Mit solchem Terror versuchen die spanischen Faschisten, den Freiheitskampf des spanischen Volkes niederzuringen. Doch niemals wird das gelingen! Die wütende Verfolgung der spanischen Volksfront FRAP, die unter der Führung der PCE/ML die Volksmassen zusammenschließt, durch die Faschisten, hat die FRAP nicht schwächen können, sondern, sie im Gegenteil gestärkt. Fünf Todesurteile gegen spanische Patrioten mußten die Franko-Faschisten in der letzten Zeit zurücknehmen, aus Angst vor der Wut des Volkes.

Unterstützt und gedeckt werden diese Verbrechen der Franco-Clique auch durch die westdeutschen Imperialisten. Seit Wochen sitzen in Düsseldorf drei spanische Patrioten in strenger Isolierhaft. Mit Isolationsfolter und Erpressungen versucht die Polizei, ihren Widerstandswillen zu brechen. Nur ein einziger der Gefangenen darf Besuch empfangen - alle 14 Tage von seiner Frau, der nicht einmal erlaubt ist, frische Wäsche für ihren Mann ins Gefängnis zu bringen.

Die westdeutschen Imperialisten schrecken nicht davor zurück, fortschrittliche Ausländer an die Henkersregimes ihrer Heimatländer auszuliefern. So haben sie nach dem Streik bei Opel im letzten Sommer Spanier, die aktiv für die Interessen der Opel-Kollegen eintraten, nach Spanien abgeschoben. Durch solidarischen Kampf muß die Ausweisung der drei spanischen Patrioten in Düsseldorf verhindert, ihre Freilassung erzwungen werden!

SOFORTIGE FREILASSUNG DER DREI EINGEKERKERTEN SPANISCHEN PATRIOTEN !

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !

Aus aller Welt

MEXIKO:
In schweren Straßenschlachten zwischen fortschrittlichen Menschen und reaktionären Handlangern der Gewerkschaften gab es über 100 Verletzte bei der 1.Mai-Demonstration in Cuernavaca.

SPANIEN:
Trotz Demonstrationsverbotes und einer breiten Verhaftungswelle der Faschisten vor dem 1. Mai demonstrierten am 1.Mai in Madrid und Barcelona Hunderte von Menschen.

ARGENTINIEN:
Etwa 500.000 Menschen versammelten sich am 1. Mai in Buenos Aires zu einer gewaltigen Kundgebung. Dabei kam es zu Straßenkämpfen zwischen faschistischen Peron-Anhängern und Antifaschisten.

Am 29. 4. haben revolutionäre Kräfte in Buenos Aires den ehemaligen Richter Jorge Vicente Quirage wegen seiner Verbrechen am Volk mit dem Tod bestraft. Quirage, der während seiner Amtszeit als "Extremistenrichter" eingesetzt war und Hunderte von fortschrittlichen Menschen verurteilte, wurde auf offener Straße erschossen.

KAMBODSCHA:
Der Ring der Volksbefreiungsstreitkräfte um Phnom Penh zieht sich immer enger zusammen. Am 29. 4. eroberten die Roten Khmer die Provinzhauptstadt Sala Lek Pram nördlich Phnom Penhs. Die Lon-Nol-Clique, die dabei schwere Verluste erlitt, mußte zugeben, daß dies eine ihrer schwersten und gefährlichsten Niederlagen darstellt.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 – 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

Der Kommunismus lässt sich nicht verbieten !

Im Namen der nordrheinwestfälischen Landesregierung hat Polizeiminister Weyer in einem Brief an die Bundesregierung das Verbot der Gruppe Rote Fahne Dortmund gefordert. Anlaß für ihn ist das Programm der GRF, in dem Weyer zwei Sätze gefunden hat, in denen "zum Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems" aufgerufen und von der proletarischen Diktarur gesprochen wird. Eine Organisation, so Weyer, die auf den gewaltsamen Umsturz hinarbeite, dürfe nicht geduldet werden. Sie müsse entweder als "kriminelle Vereinigung" oder als verfassungsfeindliche Partei verboten werden.

Weyer war bisher der Vorkämpfer der Bourgeoisie für die Durchsetzung des § 129 gegen die KPD/ML, aber auch gegen die GRF. Daß Weyer inzwischen gezwungen ist, wenigstens in Rechnung zu stellen, daß die GRF eine Partei ist, daß im Prozeß gegen die Genossen Oßwald und Schulte dieser Anklagepunkt fallengelassen werden mußte, zeigt den Erfolg, den die KPD/ML und andere fortschrittliche Menschen im Kampf gegen die Angriffe der Bourgeoisie gegen den Marxismus-Leninismus und die marxistisch-leninistische Partei, die KPD/ML, erringen konnte.

Die GRF ist keine kommunistische Partei, das haben wir an anderer Stelle ausführlich begründet. Die Tatsache, daß diese Organisation sich unverschämterweise KPD nennt, und ihre stark trotzkistisch- und revisionistisch gefärbte Linie schadet der Revolution. Gegen ein drohendes Verbot durch die Bourgeoisie allerdings wird die KPD/ML solidarisch kämpfen. Bei diesem Kampf, das hat Weyer in seiner Begründung klargemacht, geht es nicht allein um einen Angriff auf die GRF, es geht um einen Angriff auf den Marxismus-Leninismus. Es geht damit um einen Angriff auf die einzige Partei, die die von Weyer genannten Prinzipien verwirklicht, die KPD/ML.

Mit aller Entschlossenheit wird die KPD/ML den Kampf gegen alle Versuche, sie als verfassungsfeindliche Partei zu verbieten, aufnehmen. Auch wenn die Bourgeoisie, ähnlich wie im Prozeß gegen die Genossen Oßwald und Schulte, versuchen sollte, dafür zunächst in einem Angriff gegen die GRF ein Exempel zu statuieren. Im Kampf gegen diese erneuten Verbotsdrohungen darf es kein Zurückweichen geben. Weyer hat in seinem Brief an die Bundesregierung noch einmal klar gesagt, was die Bourgeoisie am meisten fürchtet: Eine Partei, die für den bewaffneten Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats kämpft. Diese Partei ist die KPD/ML. Und kein Verbotsgeschrei der Bourgeoisie, aber auch nicht das Verbot selber, wird die KPD/ML daran hindern, für dieses Ziel zu kämpfen.

"Tommy go home"

Vom 3. bis 5. Mai veranstalteten die Bundeswehr und die britische Rheinarmee auf dem Marktplatz in Dortmund-Hombruch einen großen Werberummel: Panzer und Raketengeschütze waren aufgefahren, Soldaten mit umgehängter MP und Offiziere liefen umher und beteuerten ihre friedlichen Absichten. Um sich das Vertrauen der Dortmunder Werktätigen zu erschleichen, gab man sich nach Hitlermanier kinderlieb und sammelte für eine Kinderferienparty.

Als ob ein paar Groschen für eine Kinderparty vergessen machen können, daß die britischen Besatzer hier auf unsere Kosten leben! Als ob sie vergessen machen können, daß sie mit unseren Steuergeldern für ihr blutiges Unterdrückerhandwerk in Nordirland ausgebildet werden! Auf dem Truppenübungsplatz in Bergen-Hohne wurden extra Straßenzüge aufgebaut, in denen die britischen Soldaten den Häuserkampf übten!

Die Bevölkerung war mit Recht empört.

Der Dortmunder Jugendring, in dem die 'S'DAJ, Jusos und ähnliche Gruppen sich als "linke" Freunde der Jugend aufspielen, bat die verantwortlichen Stellen der Bundeswehr und der britischen Rheinarmee, auf die Show zu verzichten und jammerte, es ginge nicht an, daß hier "Tötungswaffen" ausgestellt würden.

"Wie kann man denn Mörder 'bitten'? " – schreibt die Rote Garde in einem Flugblatt zu dieser Militaristenschau. Wie kann man behaupten, von den WAFFEN ginge die Kriegsgefahr aus? Entscheidend ist doch, wer die Waffen kommandiert. Und solange die Imperialisten die Waffen in den Händen haben, bleibt den Völkern kein anderer Weg, sich zu befreien, als der Weg des bewaffneten Kampfes.

Auf dem Hombrucher Marktplatz schließlich wurde völlig offensichtlich, wie "ehrlich" es die modernen Revisionisten mit der Jugend meinen: ohne den geringsten Protest der Revisionisten konnte die Polizei jeden photographieren, der sich in ihre Unterschriftenlisten gegen die "Tötungswaffen" eintrug.

Im Interesse der Dortmunder Werktätigen kämpfte allein die Rote Garde. Noch ehe die Veranstaltung richtig in Gang gekommen war, prangten in ganz Hombruch Parolen wie: "Krieg dem imperialistischen Krieg!" "Tommy go home" und "Besatzertruppen raus aus ganz Deutschland". Auf dem Marktplatz wurden Flugblätter der Roten Garde verteilt und der Rote Morgen verkauft. Große Menschentrauben sammelten sich um die Redner, die von den Schultern der Genossen herab den Zweck dieser Militärschau, aber auch den Verrat der 'S'DAJ entlarvten. Angesichts der Zustimmung, die die Rotgardisten unter der Bevölkerung fanden, wagte es die Polizei, die mit zivilen und uniformierten Beamten in Bereitschaft stand, nicht, gegen die Genossen vorzugehen.



Genosse Ernst Aust spricht vor Studenten in Oslo

Am 25. 4. 1974 sprach Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, vor 500 Studenten in Oslo über das Thema "Über die Verfolgung von Kommunisten und anderen Revolutionären in Westdeutschland".

Die bürgerliche Presse preist uns die skandinavischen Länder und auch Norwegen als beschauliche Urlaubsparadiese, vor allem aber als Inseln im Klassenkampf. Tatsache aber ist, daß trotz der Hochkonjunktur, die in Norwegen im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern besteht, die wirtschaftliche Lage der werktätigen Massen sinkt.

Als Antwort auf diese Verschlechterung ihrer Lebenslage wächst der Kampf der Massen. Die Verschärfung des Klassenkampfes zeigt sich nicht nur in zunehmenden Streiks, sondern auch in Protesten gegen die EWG, in Protesten gegen die Nato. Es ist der sozialistische Wählerbund, ein Zusammenschluß der modernen Revisionisten und der "sozialistischen Volkspartei", die versuchen, diese Kämpfe der Massen in das Fahrwasser der Klassenversöhnung, des "friedlichen Wegs zum Sozialismus" zu lenken.

Gegen diesen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse hat die marxistisch-leninistische Partei Norwegens, AKP/ML, einen scharfen Kampf aufgenommen und den Massen die einzige Alternative zu diesem verrotteten kapitalistischen System aufgezeigt: den Sozialismus, die Diktatur des Proletariats.



Vietnam-Demonstration Anfang April in Oslo

"Kämpft gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit des sozialistischen Wählerbunds" hieß die Hauptparole der AKP/ML zu diesem 1. Mai und "Bekämpft den Imperialismus an allen Fronten". Über 7.100 Werktätige folgten dem Aufruf der Partei in Oslo. **Hier wie auch in anderen großen Städten waren die revolutionären 1. Maidemonstrationen größer als die der Revisionisten und der Sozialdemokraten.**

Genosse Ernst Aust ging in seiner Rede vor allem darauf ein, daß auch der Kampf gegen die politische Unterdrückung von der kommunistischen Partei so geführt werden muß, daß er die Massen zum bewaffneten Sturz des imperialistischen System erzieht.

"Es ist ein toller Wahn zu glauben", sagte Genosse Ernst Aust, "die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlamentes, einer Nationalversammlung oder ähnlichem beugen, sie würden sich friedlich auf parlamentarischem Wege, durch die Errichtung einer "antimonopolistischen Ordnung" – wie bei uns die modernen Revisionisten sagen – zurückdrängen oder wegreformieren lassen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit oder das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Wie das ausgeht, haben wir in Indonesien und Chile erlebt.

Wer heute noch, angesichts der blutigen Erfahrungen des Proletariats, der Werktätigen der verschiedenen Länder behauptet, man könne auf friedlichem Wege, ohne den bewaffneten Aufstand der Massen oder einen längeren Volkskrieg, ohne die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates zum Sozialismus kommen, der ist ein Agent der herrschenden Klasse, der ist ein Wegbereiter des Faschismus."

Genosse Ernst zeigte dann anhand der Geschichte des deutschen Volkes nach dem zweiten Weltkrieg, daß politische Unterdrückung und Imperialismus untrennbar miteinander verbunden sind. "Imperialismus ist Reaktion auf der ganzen Linie" – hat Lenin gesagt.

Unsere Partei, die KPD/ML, wurde in der Tradition Ernst Thälmanns, in der Tradition der revolutionären KPD gegründet, die den Kampf unserer Väter und Mütter geführt hat. Genosse Ernst ging dann darauf ein, daß heute die KPD/ML auf der Grundlage der gleichen Gesetze verfolgt wird, die sich der Hitlerfaschismus gegen die KPD schuf. Im Oßwald/Schulte-Prozeß versuchte die Bourgeoisie die Partei darüber hinaus als eine Kriminellenbande zu verbieten. Die Partei hat diesen Angriff zurückgeschlagen und mit ihrem Kampf nicht nur die Klassenjustiz, sondern auch die modernen Revisionisten empfindlich getroffen. Denn wurde schon in der Anklageschrift des Staatsanwalts als Verbrechen angeprangert, daß die Genossen Schriften unterzeichnet hatten, in denen die Rolle der modernen Revisionisten entlarvt wurde, so bekräftigte das Urteil noch einmal das Interesse der Bourgeoisie an der D'K'P: nicht der Sozialismus ist strafbar (den die D'K'P ja auch im Munde führt), hieß es sinngemäß in der Urteilsbegründung, sondern der Weg dahin, die bewaffnete Revolution.

Der Angriff auf die KPD/ML, auf den Marxismus-Leninismus, erläuterte Genosse Ernst, ist Teil der allgemeinen Faschisierung des Staatsapparates. **Daß die westdeutschen Imperialisten dabei vor nichts zurückschrecken, zeigt die Verfolgung der Genossen der RAF, die in den Gefängnissen durch die Isolierhaft langsam ermordet werden.** Das zeigen aber auch politische Entlassungen, wachsende Brutalität der Polizei, Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den DGB-Gewerkschaften. Diese verschärfte politische Unterdrückung, daran ließ Genosse Ernst keinen Zweifel, ist die Antwort der Bourgeoisie auf den Aufschwung der Klassenkämpfe und den wachsenden Einfluß der Kommunisten in diesen Kämpfen.

Aber gerade das letzte Jahr mit den Streiks im August, mit dem Kampf gegen den Nato-Übungsplatz Nordhorn-Range, mit den Kämpfen an vielen anderen Fronten, mit der Demonstration gegen den Sozialimperialistenhäuptling Breschnew, gegen den Faschisten Thieu und die faschistischen Regimes in Persien und Spanien hat bewiesen, daß der Kampf gegen die politische Unterdrückung sich zu einer machtvollen Bewegung gegen den westdeutschen Imperialismus entwickelt.

Die Partei hat in ihrer Maiparole an diese Bewegung angeknüpft und ihr die revolutionäre Perspektive gewiesen: Gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung! Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger!

Genosse Ernst schloß seine Rede mit der Überzeugung, daß sowohl die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk wie auch die norwegische Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien sich von Ausbeutung und Unterdrückung befreien und die sozialistische Gesellschaftsordnung errichten.

"Lenge Lewe AKP/ML" (Lang lebe die Kommunistische Arbeiterpartei/ML) – mit diesen Worten beendete Genosse Ernst seine Ansprache an die norwegischen Studenten.

"WENN WIR SASCHA ERWISCHEN DANN SCHIEBEN WIR IHN AB!"

Auf allen Maiveranstaltungen der Partei wurde eine auf Tonband gesprochene Grußadresse des Genossen Sascha Haschemi, der wegen der drohenden Abschiebung aus Deutschland vor 3 Monaten untergetaucht ist, abgespielt. Dann gelobte er, noch besser zu kämpfen für den Sozialismus, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Er forderte alle Genossen und fortschrittlichen Menschen auf, noch besser um seine Einbürgerung zu kämpfen.

Denn Sascha, deutscher Kommunist, der in München geboren und aufgewachsen ist, soll abgeschoben werden. Sascha sei Perser, behauptet die Bourgeoisie, denn er hat einen persischen Vater und deshalb die iranische Staatsangehörigkeit.

Am 30. April lief Saschas Aufenthaltserlaubnis wieder ab. Zwar verlängerte das Ausländeramt München die Aufenthaltsgenehmigung für weitere drei Monate – aber der zuständige Beamte gab kaltschnäuzig zu, daß dieser Stempel in Saschas Paß nichts weiter ist als ein Manöver der Bourgeoisie, um die Solidaritätsbewegung für Saschas Einbürgerung einzuschläfern. "Wenn wir ihn erwischen, wenn er auftaucht, dann schieben wir ihn ab, egal, ob er den Stempel hat oder nicht' – das sagte der Beamte im Ausländeramt sinngemäß zu Saschas Rechtsanwältin.



Das zeigt klar: Wenn es um die Verfolgung und Vernichtung von Kommunisten geht, dann schreckt der Klassenfeind nicht davor zurück, die Folterkammern des Schah-Regimes für seine reaktionären Absichten auszunützen. Denn als Kommunist hat Sascha im Iran nur eines zu erwarten: Folter, jahrelange Kerkerhaft, vielleicht sogar den Tod!

Der Kampf um Saschas Einbürgerung muß noch besser, noch konseqeunter geführt werden. Der Erfolg der Kampagne bisher hat gezeigt: Das Volk ist auf unserer Seite!

Spenden für politisch Verfolgte an:
Konto Karin Sandmann
Dresdner Bank
Zweigstelle 46 Dortmund, Borsigplatz, Kto Nr. 81 355 107.

Fortsetzung von Seite 1

Antifaschisten die Faust geballt, gegen die braune Pest hilft nur Gewalt!

DUISBURG: Eine Gruppe "Abendländische Legion" fordert auf Unterschriftenlisten das Verbot der KPD/ML und "aller linksradikalen und anarchistischen Organisationen". 3 Genossen, die zum Verkauf des ROTEN MORGEN in die Stadt gekommen waren, und Sympathisanten der GRF verpaßten diesen Lumpen einen kräftigen Denkzettel mit der Faust. Ihr Stand wird zerstört, ihre Flugblätter und Listen zerrissen. Herbeieilende Polizisten besprechen sich eine Weile mit den Faschisten. Angesichts der Übermacht müssen die Genossen ihre Ausweise abgeben. Aber sie kämpfen mutig weiter, rufen antifaschistische Parolen und finden viel Sympathie unter der Bevölkerung. Ein alter Genosse, den früher die D'K'P-Revisionisten gegen die "Maoisten" aufgehetzt hatten, schüttelt den Genossen die Hand und sagt immer wieder: "Ihr macht das richtig.' Ein anderer kauft den ROTEN MORGEN und verspricht, nächstesmal mit mehr Genossen zu kommen und gegen die Faschisten zu helfen. Aus der Bevölkerung kommen Zurufe wie "Ihr müßt sie zusammenschlagen, daß sie für immer verschwinden, diese Naziferschweine." **Angesichts dieser Wut verbietet die Polizei den Faschistenstand – ein klarer Sieg der Partei. Doch die Zusammenarbeit zwischen Nazis und Polizisten zeigt sich gleich darauf: Einer der Faschisten hatte mit einer Polaroid-Kamera Photos gemacht, die er den Polizisten überreicht. Dafür bekommt er von der Polizei die Adressen der Genossen. "Die wollen euch einzeln auflauern und verprügeln, im Auftrag der Polizei, wie bei uns früher", warnt ein alter KPD-Genosse. Ganz sicher hat er recht! Doch die Genossen werden sich gut vorbereiten!**

MÜNSTER: Am Morgen hatte die Polizei einen Agitpropstand der 'K'G Münster abgeräumt, um den Aufbau eines Faschistenstandes durchzusetzen. Genossen der Partei und der GRF, die die Faschisten vertreiben wollten, wurden verhaftet: 12 Kommunisten und Antifaschisten schleppte die Polizei vom Platz.



Statt die Genossen zu unterstützen bei der Entlarvung dieses unverschämten Angriffs auf Antifaschisten, spielte die 'K'G Münster, ein Sympathisantenzirkel des 'K'BW, hervorragend seine Rolle als Wasserträger des Revisionismus, trat er offen in die Fußstapfen der D'K'P: Vor mehr als 200 Menschen kletterte ein Redner der 'K'G Münster auf einen Stuhl, um darüber abstimmen zu lassen, ob die Faschisten sich an der Diskussion beteiligen dürften. Mit seinem Geschwätz von "freier Meinungsäußerung" setzte er das dann auch durch.

Aber damit nicht genug! Nachdem die 'K'G Münster "demokratisch" abgestimmt hatte, daß die Faschisten nicht vertrieben werden dürften, brachte der Redner einen neuen Antrag: "Wer ist dafür, daß die Polizei abziehen muß?" Die Massen sprachen sich klar für den sofortigen Abzug der Polizei aus. Aber die Polizei steht und weicht nicht! Der Redner der 'K'G Münster springt vom Stuhl, packt einen Polizisten am Ärmel und fordert alle Anwesenden auf, die demokratische Abstimmung durchzusetzen und alle Polizisten, die nicht abziehen, "festzunehmen". Eine Verhaftung gibt es dann in Minutenschnelle: er selber sitzt im Polizeiauto.

Ein klares Beispiel dafür, wie Neorevisionisten – getreu ihrem Vorbild D'K'P – die Massen mit demokratischen Illusionen einlullen und der bewaffneten Macht der Bourgeoisie ans Messer liefern sollen. Jeder, der der Aufforderung dieses sauberen "Kommunisten" gefolgt wäre, hätte sich im Polizeipräsidium wiedergefunden! Viele Passanten erkannten das. Immer mehr stimmten in den Ruf unserer Genossen ein:

"Antifaschisten die Faust geballt, gegen die braune Pest hilft nur Gewalt!"

KORRESPONDENZ VON SYMPATHISANTEN AUS DEM HAMBURGER HAFENKRANKENHAUS

Weil du im Hafen arbeitest, musst du eher sterben

"Die Arbeiter im Hafen und auf den Werften wissen: Weil Du im Hafen arbeitest, mußt Du früher sterben – nicht nur, weil hier die Unfallhäufigkeit besonders hoch ist, sondern auch, weil sie, wenn ihnen etwas passiert, mit ziemlicher Sicherheit ins Hafenkrankenhaus kommen... Nehmen wir an, ein Kollege fällt während der Nachtschicht einen Schacht herunter oder eine Stahlplatte schlägt ihm gegen den Kopf. Er hat eine Schädelverletzung und blutet ziemlich stark.

Der Schädel kann zwar geröngt werden. Brüche festzustellen ist aber manchmal sehr schwierig, ein Röntgenfacharzt ist nicht zur Stelle. Ein Neurologe nicht zu erreichen. (Das Hafenkrankenhaus wird von einem Neurologen betreut, der das so nebenbei neben der Praxis macht. Wie oft der zu erreichen ist, kann man sich vorstellen). Ein Echoencephalogramm, um Hirnblutungen festzustellen, kann nicht gemacht werden, ein solches Gerät gibt es hier nicht.

Auf Grund der bedrohlichen Krankheitserscheinungen entschließt sich der diensthabende Arzt trotzdem auf gut Glück zur Operation. Neurochirurgie ist aber heute im Grunde ein Spezialfach, an den größeren Kliniken gibt es besondere Fachabteilungen dafür. Im Hamburger Hafenkrankenhaus macht das alles ein Oberarzt oder Chefarzt, dessen Spezialgebiet zum Beispiel Handchirurgie ist. Wenn der Patient ein bißchen Glück hat, hat der Betreffende trotzdem ein bißchen Erfahrung. Aber nicht alle können dieses Glück haben...

An ärztlichem Personal sind über Nacht insgesamt ein Oberarzt, zwei approbierte Ärzte und ein Medizinalassistent im Dienst. Bei einer schwierigen Operation operieren drei Mann drei bis vier Stunden lang – für den gesamten Betrieb in der Ambulanz bleibt also ein Arzt. Der ist möglicherweise erst seit zwei Monaten mit seiner Ausbildung fertig und soll nun mit einem Mal alles wissen und können. Denn es kommen nicht nur chirurgische Patienten in das Hafenkrankenhaus, sondern auch Patienten mit allen möglichen Leiden. Es gibt ja in diesem Gebiet keine medizinische Klinik mit Nachtambulanz, keine Frauenklinik, keine psychiatrische Klinik, keine Augenklinik – gar nichts.

Es kommt zum Beispiel ein Patient mit heftigen Brustschmerzen. Verdacht auf Herzinfarkt. Ein EKG kann gerade noch gemacht werden. Dringend benötigte Laboruntersuchungen aber können nicht gemacht werden: das Labor ist nachts nicht besetzt. Soll man die Gutmütigkeit einer MTA ausnutzen, die bereit wäre, auch nachts noch zu kommen? Eigentlich wäre ja jede Nacht eine Untersuchung nötig. Wie lange würde sie das durchhalten?

Zu alledem kommt noch die entwürdigende Behandlung der Patienten. Es gibt keine Untersuchungsboxen. Sie müssen auf dem Flur oder im Behandlungsraum untersucht werden. Wenn sie aufgenommen werden, werden sie irgendwo ausgezogen, man nimmt ihnen zunächst einmal alle Sachen weg.

Immer wieder gibt es Gerüchte über die geplante Schließung des Hafenkrankenhauses. Bei solchen Zuständen nur zu wünschen, könnte man sagen. Aber es würde ja kein Ersatz geschaffen werden. Die übrigen Krankenhäuser in der Nähe würden noch mehr überlastet sein, abgesehen von den zu langen Transportwegen.

Nach neueren Planungen ist eventuell eine Zusammenlegung mit dem Zentralkrankenhaus des Untersuchungsgefängnisses geplant. Eine wertvolle Bereicherung, kann man nur sagen. Denn wie es mit der medizinischen Versorgung im UG steht, weiß man spätestens seit dem Tod des tunesischen Häftlings im UG oder zum Beispiel, wenn man erfährt, daß die Genossin Katharina Hammerschmidt trotz einer lebensbedrohlichen Geschwulst des Mittelfells im Westberliner UG monatelang nicht behandelt wurde.

Deshalb fordern wir die Erhaltung des Hafenkrankenhauses und seine Erweiterung um die wichtigsten Fachgebiete. Dabei wissen wir, daß es ein Gesundheitssystem im Interesse der Bevölkerung erst geben wird, wenn die Arbeiterklasse unter Führung der KPD/ML den Sozialismus erkämpft hat. Deshalb gibt es für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen, Schwestern, Pfleger und Ärzte, die die Aufgabe der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung ernst nehmen, nur einen Weg: an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Partei den revolutionären Kampf aufzunehmen.

Kampf der Polizeiwillkür in den Krankenhäusern

(Aus: "Kämpfende Station", Zeitung der KPD/ML und der Roten Garde für die Hamburger Krankenhäuser).

In den Krankenhäusern, besonders die Kollegen in den Ambulanzen machen diese Erfahrung, tritt die Polizei auf wie der Herr im Hause. Handelt es sich um "normale" Unfälle, sind die Bullen wie die Unschuldslämmer. Können sie aber von "Amts wegen" einschreiten, bringen sie also Festgenommene, da hagelt es Fußtritte, Faustschläge und andere üble Mißhandlungen. Da sitzt die Pistole locker im Halfter. Von uns medizinischem Personal erwarten sie wie selbstverständlich, daß wir ihre Schweinereien decken und zusammenflicken. Aber sie haben sich getäuscht.

– Im Unfallkrankenhaus Eppendorf treten Bullen mit MPs bewaffnet zur "Bewachung" von schwer verletzten RAF-Leuten an. Ein Proteststurm erhebt sich. Ein Kollege wird deshalb gefeuert.

– Im Wilhelmsburger Krankenhaus "bewacht" bewaffnete Polizei die ganze Nacht einen 16-jährigen, den sie zuvor bei einer Verkehrskontrolle über den Haufen geschossen hatten.

– Im Krankenhaus St. Georg wurden die Bullen zurecht als "kriminell" beschimpft, als sie zusammengeprügelte Hausbesetzer der Ekhofstraße in die Ambulanz schleppten.

– Im Krankenhaus Altona drohte ein Bulle einem Hilfspfleger Prügel an, als der ihn aus dem sterilen Bereich der Ambulanz weisen will. Im letzteren Fall sah sich sogar die Polizei genötigt "Schlichter" zu schicken. Man sei wohl etwas zu weit gegangen. Doch die Empörung der Kollegen über das Auftreten der Bullen, die 14-jährige mit der Pistole bedrohen (so im Krankenhaus Altona passiert) läßt sich nicht schlichten.

Die Polizei ist ein Teil des Unterdrückungsapparates, den die Kapitalistenklasse gegen das Volk organisiert und dem wir nur mit revolutionärem Kampf begegnen können.

Der Widerstand in der Bundeswehr wächst ..

In den letzten Wochen überschlagen sich die Dementis der Bundeswehrgeneräle über einen Widerstand der Soldaten in der Bundeswehr. Mit Vorliebe werden Meldungen lanciert über die "hoffnungslos zum Scheitern verurteilten Agitationsversuche" von kommunistischen Soldaten. Aber der Widerstand der Soldaten in der Bundeswehr ist nicht wegzudementieren, genauso wenig wie der wachsende Einfluß der Roten Garde unter den Soldaten wegzulügen ist. Das zeigen auch die beiden folgenden Korrespondenzen.

Befehlsverweigerung :

Am 26. 3. 74 wurde ein Gefreiter ins Wachlokal gebracht, der beim Zigarettenholen keine Kopfbedeckung aufgehabt hatte. Der Verhaftete, ein W 15, verlangte ständig seinen Disziplinarvorgesetzten zu sprechen, um ihm die Sache zu erklären. Darauf ließ sich aber der Offizier vom Wachdienst nicht ein. Er wollte ihn in eine Zelle stecken. Der Soldat weigerte sich jedoch, in die Zelle zu gehen. Den Offizier, der sich deshalb auf ihn stürzte, schüttelte er ab. Sogleich stürzten sich noch der stellvertretende Offizier vom Wachdienst und andere Feldwebel auf ihn und schleppten ihn mit vereinten Kräften in die Zelle. Da wollten sie ihm noch Handschellen anlegen, weil er sich mit allen Kräften wehrte. Er verstand es jedoch immer wieder geschickt, seine Hände aus den Handschellen zu ziehen. Als auch Faustschläge ins Gesicht, auch gegen andere Körperteile nichts nutzten, befahl der Offizier einigen Soldaten der Wache einzugreifen. Wir drehten ihm jedoch den Rücken zu und gingen in den Aufenthaltsraum der Wache. Der OvWa mußte sich jemand anderen zu Hilfe holen.

Im Aufenthaltsraum waren wir uns alle einig. Niemals helfen wir einem Z-ler (Schimpfwort für Zeitsoldat), wenn er gegen einen von uns Mannschaften vorgeht.

Kurz danach kam der OvWa zu uns in den Aufenthaltsraum und wollte 4 Soldaten ablösen lassen – wegen Wachvergehen und Befehlsverweigerung. Wir waren insgesamt 10 Soldaten. Da stand einer auf und griff den Offizier an: Wir werden es nicht zulassen, daß die 4 Soldaten abgelöst werden, denn sie würden sonst eine Disziplinarstrafe bekommen. Wenn hier Befehlsverweigerung vorläge, dann würden wir alle gehen. Der OvWa verließ daraufhin unter Drohungen wutentbrannt den Aufenthaltsraum. Passiert ist jedoch nichts.

Ich glaube, aus diesem Beispiel kann man deutlich sehen: Solidarität hilft siegen. Auch und gerade bei der Bundeswehr, wo immer versucht wird, einzelne fertig zu machen.

Aber irgendwann repräsentieren wir den Herren Offizieren die Rechnung. Sollten sie es wagen, uns in einem "Ernstfall" einzusetzen, dann wird es bei uns in der Kompanie heißen: Im Ernstfall drehen wir das Gewehr um.

Albanienveranstaltung

Vor kurzem machte die Soldatenzelle der Roten Garde Reutlingen eine Albanienveranstaltung in der Kaserne. Der Grund für die Veranstaltung war, daß zwar einige Kameraden grundsätzlich für Sozialismus sind, aber abgeschreckt werden, weil sie noch denken, die Verhältnisse in der sozialimperialistischen Sowjetunion seien sozialistisch.

So zeigten wir anhand von Lichtbildern, die Genossen letztes Jahr in Albanien aufgenommen hatten, den Aufbau des Sozialismus in Albanien. Dabei betonten wir, daß es das heutige sozialistische Albanien nicht geben würde, ohne die Partei der Arbeit Albaniens, die das albanische Volk in der bewaffneten Revolution zur Errichtung der Diktatur des Proletariats geführt hat und heute das Volk führt im scharfen Kampf gegen den modernen Revisionismus und alle dem Sozialismus fremden Einflüsse, die die Vorbereitung einer Restauration des Kapitalismus vorbereiten sollen.

Ein besonders wichtiger Punkt war für uns Soldaten die Rolle der Armee im Sozialismus. Wir zeigten, daß die Armee in Albanien eine Armee des Volkes ist, weil sie, unter der direkten Führung der kommunistischen Partei stehend, den Sozialismus aufbaut und verteidigt. Bei unserer Veranstaltung verwendeten wir immer wieder den Roten Morgen, da die Artikel über Albanien sehr anschaulich über Albanien berichten und dabei auch gut die Verbindung zur Lage der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten in Westdeutschland zeigen.

Durch diese Veranstaltung lesen jetzt alle Kameraden, die anwesend waren, regelmäßig den Roten Morgen und wir brachten alle anwesenden Kameraden näher an die Rote Garde heran. Alle Kameraden unterschrieben für die Einbürgerung des Genossen Sascha.
So war die Veranstaltung ein voller Erfolg und wir werden die Arbeit in der Armee weiter vorantreiben, damit die Mehrheit der Kameraden unserem Ruf folgt:

IM ERNSTFALL DAS GEWEHR UMGEDREHT!
FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Abrüstungswoche des VVN und anderer Organisationen, Großkundgebung der beiden Kriegsdienstverweigererorganisationen mit dem Thema: 25 Jahre Grundgesetz – 25 Jahre Verfassungsbruch, Beginn der Kampagne Soldat 74, die unter dem Motto "Soldat für den Frieden" die faulen Parolen der Revisionisten von der notwendigen Anpassung der Bundeswehr an das Zeitalter der Entspannung unter Soldaten und junge Arbeiter bringen soll – eine geballt Ladung von revisionistischen und pazifistischen Aktivitäten also, die alle eines gemeinsam haben: Die deutsche Jugend und das gesamte deutsche Volk sollen darauf vertrauen, daß der Imperialismus unter dem Druck ihrer Friedensbeschwörungen endlich vernünftig wird und die Bundeswehr von einer Armee des imperialistischen Krieges, einer Armee gegen die revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse in eine Armee für den Frieden verwandelt.

Hauptendenz Entspannung?
Selbst die bürgerliche Presse straft die revisionistische Propaganda Lüge. Was spricht denn aus den vielen Spekulationen, die in der letzten Zeit über die Gefährlichkeit des Warschauer Paktes in der bürgerlichen Presse standen? Was aus den Überlegungen über die Stärke der NATO? Vertrauen in die "ewige Friedenszeit"?

Warum – trotz der angeblich Frieden und Entspannung näherbringenden Ostverträge, trotz der jahrelangen Apelle der Revisionisten an den imperialistischen Staat – rüstet die Bundesregierung immer schneller auf, haben die westdeutschen Imperialisten sich heute schon ein Militärpotential geschaffen, größer als es Hitler je hatte? Wegen der bevorstehenden "ewigen Friedenszeit"?

Am 11.5.1952 ist der Kommunist Philipp Müller im Kampf gegen die Wiederaufrüstung von der Polizei erschossen worden. Heute werden Antimilitaristen verfolgt. Mit Gesetzen, MAD und Klassenjustiz geht die Bourgeoisie mit äußerster Schärfe gegen die Kommunisten vor, die sagen: "Krieg dem imperialistischen Krieg! Im Ernstfall dreht die Gewehre um!" Warum das? Etwa weil ein imperialistischer Krieg ausgeschlossen ist, weil es keinen "Ernstfall" geben wird?

Nein. **Seit der Kapitalismus in das Stadium des Imperialismus eingetreten ist, gilt Lenins wissenschaftliche Feststellung: Imperialismus bedeutet Krieg. Anders als mit dem Mittel des imperialistischen Krieges können die Imperialisten die Vorherrschaft über die Welt, nach der sie notwendigerweise streben, nicht gegen die Völker und nicht gegen ihre imperialistischen Konkurrenten durchsetzen.**



Heute ist die Gefahr eines neuen Weltkrieges für die Völker zu einer konkreten Bedrohung geworden. Die Tatsache, daß im letzten Oktoberkrieg im Nahen Osten beide Supermächte, die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten, ihre Militärblöcke in Alarmbereitschaft versetzen, zeigt, daß sie ihre Kräfte erproben, um sie schließlich dort einzusetzen, wo sich heute der Kampf um die Vorherrschaft in der Welt entscheiden muß: In Europa.

Niemals kann diese drohende Gefahr eines neuen weltweiten imperialistischen Krieges durch Apelle an den Staat aufgehalten oder gar verhindert werden. Niemals kann man die Imperialisten zwingen, ihre Armee, ihre Polizei und ihre Justiz für den Frieden einzusetzen, für die Interessen des Volkes, wie es z.B. auch der 'Kommunistische' Bund Westdeutschlands versucht, wenn er die Forderung nach der Umwandlung der aggressiven Bundeswehr in eine Miliz des Volkes aufstellt.

Wer eine solche Forderung aufstellt, der will der Arbeiterklasse weismachen, daß die Imperialisten freiwillig ihre Mächt aus den Händen geben. Denn wie sonst, gestützt auf die Armee, auf bewaffnete Polizeieinheiten und andere Bürgerkriegstruppen ist denn die Handvoll von Ausbeutern in unserem Land in der Lage, das Volk gegen seinen Willen auszubeuten und zu unterdrücken?

Nein, es gibt nur einen Weg, einen erneuten imperialistischen Krieg zu verhindern. Das ist der Kampf unter der Losung, mit der Karl Liebknecht der deutschen Jugend zum ersten Mal den Weg wies: "Der Feind steht im eigenen Land! Dreht die Gewehre um!" Nur der Kampf mit der KPD/ML und der Roten Garde gegen die Besatzertruppen in unserem Land, gegen den westdeutschen Imperialismus – für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland kann heute ein wirksamer Kampf gegen Militarismus und Krieg sein. Als Soldat für den Frieden kämpfen, das heißt. Soldat für die Revolution werden.

"Die Sicherheit des Bataillons ist gefährdet"

Im ROTEN MORGEN Nr. 16 berichteten wir über das Ermittlungsverfahren, das gegen Lennart K. wegen "Wehrkraftzersetzung" eingeleitet worden ist, weil er die Soldatenzeitung der KPD/ML, die "Soldatenfaust', verteilt haben soll. Sein Spind und seine Privatwohnung waren daraufhin von MAD und Kripo durchsucht worden.

In dem Artikel schrieb der ROTE MORGEN auch, daß die Kameraden sich durch das Vorgehen der Bourgeoisie gegen Lennart nicht so leicht einschüchtern lassen werden. Das hat sich vollauf bewahrheitet.
Wollte die Bourgeoisie durch ihre Aktion gegen Lennart auch erreichen, daß er von seinen Kameraden isoliert wird, so geschah das genaue Gegenteil: **Die Kameraden fanden seine aufrichtige Haltung als Kommunist "in Ordnung" und schlugen Lennart als Vertrauensmann vor.**

Der Kompaniechef kochte. In Abwesenheit von Lennart hielt er eine Kompanieversammlung ab, auf der er in unverschämtester Weise gegen den Genossen hetzte und geiferte. Doch die Kameraden standen auch weiterhin zu Lennart, so daß der Kompaniechef seine Kandidatur offen verweigern mußte. Doch für die Kameraden ist darüber das letzte Wort noch nicht gefallen!

Und was sich auch bewahrheitet hat: "Die fiebrige Reaktion der Bourgeoisie auf das Erscheinen der "Soldatenfaust" zeigt, daß sie es ist, die sich fürchtet", heißt es im ROTEN MORGEN Nr. 16.

Am 3. 5. erhielt Lennart jetzt ab sofort das Verbot, die militärischen Anlagen zu betreten. Lediglich seine Verpflegung darf er morgens früh um 6 Uhr abholen, denn – so der Kompaniechef: "**die Sicherheit des Bataillons ist gefährdet.**" **Die Bourgeoisie fürchtet sich vor dem Kommunisten Lennart.**

PARTEIBÜROS:

DORTMUND:
Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14 – 18 Uhr, Sa 9 – 13 Uhr.

BIELEFELD:
Buchladen "Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.
Öffnungszeiten: Sa 9 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Stresemannstr. 110, Tel. 040 / 43 99 137.

HANNOVER:
Elisenstr. 20

Kiel:
Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74762.
Öffnungszeiten: Mo – Fr 15.00 – 18.00 Uhr, Sa 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK:
Buchladen "Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr; Do: 16.00 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN:
Tel.: 77 51 79
Buchladen ROTER MORGEN, 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN:
Tel: 462 60 810
Buchladen ROTER MORGEN, 1 Berlin 65 (Wedding), Schererstr. 10. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.

ROTER 1.MAI 1974!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten



Rote 1. Mai-Demonstration in Hamburg 1974

Gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung! Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger!

In 13 Städten wurde unter dieser Hauptparole dem Regierungsmai der DGB-Bonzen der revolutionäre Rote 1. Mai der Arbeiterklasse entgegengestellt. 13 Maidemonstrationen unter der Fahne der Revolution, der roten Fahne mit dem Symbol der KPD/ML, dem Spartakusstern mit Hammer, Sichel und Gewehr. "Reform oder Revolution – auf diese Alternative laufen alle brennenden Fragen der Arbeiterbewegung hinaus." Diese im Maiaufruf des Zentralkomitees unserer Partei getroffene Feststellung prägte den Charakter der unter der Führung der Partei durchgeführten Maidemonstrationen. Hier wurde der Politik der "Klassenversöhnung", der "Sozialpartnerschaft", der "Mitbestimmung" und der "vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten eine klare Abfuhr erteilt. Hier demonstrierten Tausende ihre Entschlossenheit, im Kampf für ihre Tagesinteressen und im Kampf für den Sozialismus am unversöhnlichen revolutionären Klassenkampf festzuhalten. Sie folgten dem Aufruf des Zentralkomitees, "an diesem 1. Mai einen klaren Trennungsstrich zur Bonner Regierung der Kapitalisten, zu den offen bürgerlich auftretenden Parteien wie CDU/CSU, SPD oder FDP, aber auch zu den Handlangern der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung wie dem DGB-Apparat und vor allem der D'K'P zu ziehen". Und sie demonstrierten gegen jeden Versuch, diese klare Frontlinie des Klassenkampfes zu verwischen. So stellten sich auch an diesem 1. Mai verschiedene opportunistische Spalterorganisationen wie z.B. die Gruppe Rote Fahne Dortmund, die sich unberechtigterweise "K"PD nennt und der sogenannte "Kommunistische" Bund Westdeutschlands gegen den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse, indem sie unter scheinlinken Vorwänden zur Teilnahme an dem Regierungsmai aufriefen. Wer – unter welchem Deckmantel auch immer – verhindern will, daß in der Arbeiterklasse Klarheit darüber entsteht, daß der DGB-Apparat und die revisionistische D'K'P/'S'EW Instrumente der Kapitalistenklasse sind, wer versucht, gerade die fortschrittlichsten Teile der Arbeiterklasse mit diesen Todfeinden der revolutionären Arbeiterbewegung zu versöhnen, macht sich zum Wasserträger der modernen Revisionisten, stellt sich der proletarischen Revolution in den Weg. Dagegen wiesen die Roten Maidemonstrationen den Weg: Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger! Tausende demonstrierten für die sozialistische Revolution, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.



Karikatur aus der Betriebszeitung der KPD/ML "DER ROTE GARTENFELDER" zum Roten 1. Mai 1974.

Dortmund



400-500 Genossen versammelten sich am Vorabend des 1. Mai zu einer kämpferischen Veranstaltung, auf der der Vorsitzende unserer Partei, der Genosse Ernst Aust sprach. Genosse Aust faßte in seiner mitreißenden Rede die revolutionäre Linie unserer Partei zum 1. Mai zusammen und zeigte auf, wie der Kampf zweier Linien in der Arbeiterbewegung verläuft. Nachdrücklich betonte er, daß alle Organisationen, die am 1. Mai unter scheinlinken Vorwänden versucht haben, den klaren Trennungsstrich zu den Agenturen der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung, dem imperialistischen DGB-Apparat und den modernen Revisionisten von der D'K'P zu verwischen (wie die Gruppe Rote Fahne und der sogenannte 'K'BW), gegen den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse handeln und letztlich Wasserträger des modernen Revisionismus sind. Auf dieser Veranstaltung wurden über 1.200 DM für die Partei gesammelt.

Am Roten 1. Mai formierte sich ein Zug von ungefähr 500 Genossen, der unter einem Meer von roten Fahnen und Transparenten mit den revolutionären Losungen der Partei durch die Arbeiterviertel des Dortmunder Nordens zog. An der Demonstration nahmen auch unsere spanische Bruderpartei, die PCE/ML, und die Revolutionäre, Antifaschistische Patriotische Front (FRAP), die Organisation griechischer Marxisten-Leninisten, Genossen der Patriotischen Einheitsfront der Türkei, Genossen der Cisnu, der VK Bochum, die ESG Bochum und die Rote Hilfe Dortmund teil. Die PCE/ML, die Organisation griechischer Marxisten-Leninisten, die Cisnu und die Rote Hilfe Dortmund trugen Grußadressen zum 1. Mai vor. Außerdem wurde eine Grußadresse revolutionärer bolivianischer Gewerkschaftler verlesen.

Den revolutionären Roten 1. Mai in Dortmund beschloß eine Veranstaltung, die vor allem unter dem Zeichen der engen Verbundenheit zwischen der PCE/ML und der KPD/ML, der tiefen Freundschaft zwischen dem spanischen und dem deutschen Volk stand.

Hamburg

"Nehmen wir das Schicksal jetzt **selbst in die Hand/Kämpfen wir für ein sozialistisches Vaterland/Für die Vernichtung all dieser Bosse/Heb ich die Faust – ein neuer Genosse."** – Mit diesen Verszeilen rief ein neugewonnener Genosse der KPD/ML auf der Veranstaltung am Vorabend des Roten 1. Mai die Arbeiter auf, es ihm gleich zu tun, mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution, für ein vereintes, unabhängiges Deutschland zu kämpfen.

Unter den 400, die am nächsten Tag unter roten Fahnen und revolutionären Losungen demonstrierten, waren nicht wenige, die zum ersten Mal mit der KPD/ML marschierten. Mitten unter den deutschen Arbeitern, Schülern und Studenten marschierten türkische und afghanische Genossen. Der wachsende Einfluß der Partei zeigte sich aber nicht nur in der kämpferischen, geschlossenen Demonstration selber. Davon konnten vor allem auch die Genossen berichten, die am Rande der Demonstration bei den Menschen auf der Straße, an den Fenstern diskutierten. 130 Rote Morgen wurden verkauft; außer den Demonstranten steckten sich weitere 400 Hamburger ein Maiabzeichen der KPD/ML an und erteilten dem Regierungsmai, zu dem sich nicht nur DGB-Bonzen, D'K'P-Revisionisten und Regierungsvertreter, sondern auch die Opportunisten von der GRF und dem "Kommunistischen" Bund einfanden, eine klare Absage.

München

Nur 3-4.000 Kollegen folgten in diesem Jahr noch dem Aufruf der DGB-Bonzen zum Regierungsmai. In den Jahren zuvor waren es stets noch weit über 10.000 gewesen. Und die Bilanz hätte für den DGB-Apparat noch sehr viel schlechter ausgesehen, wenn nicht die Opportunisten des sogenannten "Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD", des 'K'BW und der GRF sich Seite an Seite mit den modernen Revisionisten den DGB-Bonzen als Fußvolk angebiedert hätten. Die schwächlichen Versuche der GRF, mit der Parole "Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen" den versprochenen "oppositionellen Block" anzudeuten, trug nur noch mehr dazu bei, den kläglichen Opportunismus ihrer Politik zu entlarven.

Dagegen trat die Partei auch auf der DGB-Kundgebung mit der klaren Parole: "Nieder mit dem Regierungsmai – Heraus zum Roten 1. Mai!" auf. 180 Kollegen und Genossen reihten sich ein in die Rote Maidemonstration an der auch die Patriotische Einheitsfront der Türkei teilnahm. Die klare revolutionäre Linie fand besonders in dem alten Münchner Arbeiterviertel "Au" bei den Kollegen auf großes Interesse.

Schweinfurt

Über 150 Kollegen und Genossen demonstrierten am revolutionären Roten 1. Mai in Schweinfurt. Auf der kämpferischen Mai-Veranstaltung im Anschluß an die Demonstration entlarvte die Partei den grenzenlosen Opportunismus des 'K'ABD, der sich ohne Muckser in den Regierungsmai eingereiht hatte.

Mannheim

"Da kommt die KPD/ML" – zahlreiche Teilnehmer der Kundgebung des DGB ließen Bonzengerede Bonzengerede sein und blickten gespannt dem Demonstrationszug der KPD/ML entgegen. Rund 20 von ihnen reihten sich zusammen mit den Genossen, die auf der DGB-Kundgebung für die Teilnahme an der Roten 1. Maidemonstration geworben hatten, ein. Etliche begleiteten den Zug noch ein ganzes Stück. Groß war das Interesse auch in den Straßen, durch die rund 280 Teilnehmer zogen. So verkaufte zum Beispiel eine Genossin allein 100 Rote Morgen.

Westberlin

Rund 800 Kollegen und Genossen nahmen am 28.4. an einer Veranstaltung der Partei in der Hasenheide teil, auf der die Genossen einen scharfen Kampf gegen den modernen Revisionismus und die 'S'EW führten. Insbesondere wurde aber auch der Opportunismus der Gruppe Rote Fahne entlarvt, die natürlich auch in Westberlin zum Regierungsmai aufgerufen hat. Auf dieser Veranstaltung wurden insgesamt über 1.500 DM für die Durchführung des Roten 1. Mai gesammelt.

Die klare revolutionäre Ausrichtung des 1. Mai ist – wie die Genossen berichten – ein Ergebnis des harten ideologischen Kampfes, den der Landesverband Westberlin in seinen eigenen Reihen gegen rechtsopportunistische Tendenzen entfacht hat.

Mit 600-700 Teilnehmer formierte sich am 1. Mai die revolutionäre Mai-

demonstration Westberlins. In der Vorbereitung des 1. Mai hatten die Genossen systematisch entlang der Demonstrationsroute Hausbesuche gemacht und die revolutionären Losungen der Partei zum 1. Mai propagiert. So stieß die Demonstration, an der auch griechische Marxisten-Leninisten teilnahmen, unter der Bevölkerung auf große Zustimmung. Die große revolutionäre Begeisterung der Genossen drückt sich auch in der Summe aus, die in Westberlin insgesamt für die Durchführung des Roten 1. Mai gesammelt wurde: über 5.000 DM.



Zum ersten Mal seit langer Zeit wieder rote Fahnen am 1. Mai, wurde für den revolutionären Klassenkampf, für die sozialistische Revolution demonstriert.

Schon bei der Kundgebung des DGB in Hamborn zeigte sich das große Interesse der Duisburger Arbeiter am roten 1. Mai. Fast 200 Menschen hörten teilweise den Reden zu, die von einem Stand der KPD/ML direkt am Kundgebungsplatz gehalten wurden. Zahlreiche Abzeichen und Rote Morgen konnten verkauft werden. Angesichts dieses grossen Interesses wagte auch die Polizei nicht, etwas gegen den Stand der Partei zu unternehmen, obwohl sie ihn verboten hatte.

An der roten 1. Maidemonstration nahmen schließlich rund 260 Kollegen und Genossen teil, darunter einige, die zum ersten Mal zusammen mit der Partei kämpften. Gemeinsam mit den deutschen Genossen und Kollegen demonstrierten türkische und griechische Genossen. Die Polizei wagte, obwohl sämtliche Hamborner Polizeibeamte in Reserve waren, nicht offen aufzutreten – aber sie war auf alles vorbereitet, das zeigte sich bei einer Zwischenkundgebung. Als Genossen versuchten, Polizeispitzeln, die mit einer roten Nelke getarnt im Auto saßen, ihren Photoapparat wegzunehmen, zog einer der Zivilen seine Pistole aus der Tasche, drohte dem Genossen damit, und raste dann mit Vollgas durch die Demonstrantenmenge. Genauso ein zweites ziviles Polizeiauto auf der anderen Straßenseite. Dieser Vorfall löste große Empörung bei der Bevölkerung aus.
Eine sehr kämpferische Veranstaltung bildete den Abschluß des Tages. Genosse Hanfried Brenner, der erst vor kurzem auf Betreiben der modernen Revisionisten und eines "linken" SPD-Betriebsrats aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und bei Mannesmann entlassen worden war, erläuterte die revolutionäre Linie der Partei. Eine Genossin berichtete von den ruhmreichen Kämpfen der Hamborner Arbeiter, die bereits einmal für kurze Zeit die Macht in der Hand gehalten hatten.

Alle versammelten Kollegen und Genossen stimmten einer Protestresolution zu, in der zur sofortigen Freilassung der drei in Düsseldorf gefangengehaltenen spanischen Patrioten aufgerufen wurde. Fast 700 DM wurden gespendet.

Insgesamt war dieser 1. Mai für die Partei in Duisburg ein großer Erfolg – vor allem gegen den Verrat der modernen Revisionisten. Der Kommunismus lebt, der Geist Ernst Thälmanns lebt fort in der KPD/ML – das war die Erfahrung für viele Duisburger an diesem Tag.



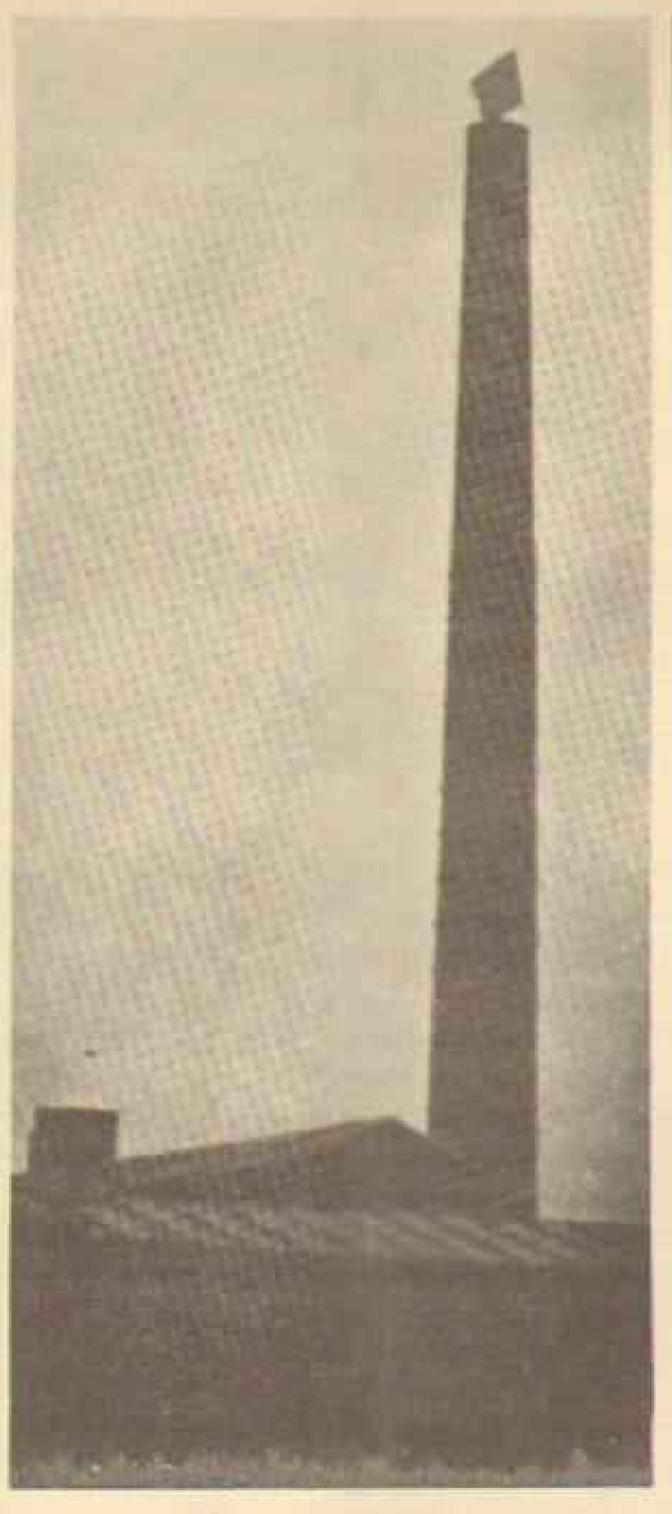
Bereits am frühen Morgen zog der Agitprop-Trupp der Partei, "Rotes Sprachrohr", durch die Straßen, um nach alter Tradition die Kollegen zu wecken.

500 Genossen und Kollegen demonstrierten dann unter der Führung der KPD/ML durch das Kieler Arbeiterviertel Gaarden. "Ihr ward wenige, aber das ist viel" – Dieses Lob auf den Kommunismus hörten Genossen von einem älteren Arbeiter, der sich im Anschluß an die Demonstration in einer Kneipe zu den Genossen setzte, die dort mit neugewonnenen Genossen diskutierten, und mit ihnen die revolutionären Lieder der Arbeiterbewegung sang.

Auf der anderen Seite der Förde dann der Regierungsmai. Mit einer Jugenddemonstration wollte der DGB sein ramponiertes Ansehen wieder aufpolieren. Die Opportunisten des 'K'BW schämten sich nicht, sich an diesem faulen Manöver zu beteiligen, obwohl der DGB das Tragen von roten Fahnen verboten hatte. **Nur mit ihrer Hilfe hatte es der DGB trotz seiner Jugenddemonstration geschafft, noch einmal 500 bis 600 Leute zusammenzubringen.**

Die Veranstaltung der KPD/ML am Abend des 1. Mai stand im Zeichen des proletarischen Internationalismus, stand im Zeichen des festen Zusammenschlusses um die KPD/ML. Große Begeisterung erntete der AP-Trupp, als er zusammen mit Genossen der CISNU das CISNU-Lied und das Einheitsfrontlied sang und anschließend zu Ehren der anwesenden palästinensischen Genossen das Al-Fatah-Lied. Einen Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Grußbotschaft des Genossen Sascha an das ZK der KPD/ML und alle Genossen und fortschrittlichen Menschen, die gegen seine Ausweisung gekämpft haben. Die Kieler Genossen versprechen, "genau solche mutigen Kämpfer zu sein, immer im Dienst der Arbeiterklasse am großen Ziel festzuhalten: Den bürgerlichen Machtapparat im bewaffneten Aufstand zu zerschlagen und die Diktatur des Proletariats zu errichten".

KIEL:
In der Nacht zum 1. Mai wurde in einem Kieler Arbeiterviertel auf dem Schuppen eines Papierlagers an einem Fahnenmast die rote Fahne mit Hammer, Sichel und Gewehr, die Fahne der Revolution gehißt. Bereits morgens um 8 Uhr standen zwei Polizisten davor, staunten und zogen wieder ab. 10 Minuten später kamen zwei andere Polizisten. Um 9.30 Uhr hing die Fahne immer noch...



Hoch oben auf dem Schornstein von Klöckner-Humbold-Deutz in Köln hißten Genossen am Tag vor dem 1. Mai die Parteifahne. Die Werksfeuerwehr wurde morgens beauftragt, die Fahne herunterzuholen. Sie weigerte sich jedoch anfänglich, da jede Stufe zum Schornstein hoch mit Schmierseife bestrichen war. Außerdem konnten die Arbeiter bei KHD an drei Stellen im Werk lesen: "Heraus zum roten 1. Mai". Die gehißte rote Fahne und die Parolen waren das Tagesgespräch unter den Kollegen im Werk. Viele waren begeistert und erstaunt über den Mut der Genossen.

Hannover

In Hannover demonstrierten 70 bis 100 Kollegen und Genossen. Immer wieder wurden kleine Kundgebungen abgehalten, in denen auf die Situation der Bevölkerung eingegangen wurde. Ein Erfolg für die Hannoveraner Genossen war die Veranstaltung im Anschluß an die Demonstration, zu der mehrere neugewonnene Genossen gekommen sind. **Diese kämpferische Einheit der Partei war ein Ergebnis des schonungslosen Kampfes gegen alle rechtsopportunistischen und liquidatorischen Elemente in den eigenen Reihen.**

Während die Partei den Kollegen eine klare Alternative zum kapitalistischen System und dem Mitbestimmungsgeschwätz von DGB-Bonzen und D'K'P-Revisionisten aufzeigte, machten sich die GRF und der 'K'BW zu Wasserträgern dieser Arbeiterfeinde, indem sie an deren Kundgebung quasi als Statisten teilnahmen.

Diese Tatsache, daß die KPD/ML die einzige Partei war, die einen klaren Trennungsstrich zum Kapital und seinen Handlangern gezogen hat, hat ihr viel Sympathie eingebracht. So verkauften die Genossen 150 Maiabzeichen, 50 Broschüren "Es lebe der Kommunismus" und "Deutschland dem deutschen Volk", 120 Rote Morgen und sämtliche Sondernummern.

Nürnberg

Rund 60 Kollegen und Genossen waren der Aufforderung "Heraus zum Roten 1. Mai" gefolgt. Einige spanische Genossen marschierten mit ihren Kindern unter einem FRAP-Transparent zusammen mit türkischen und deutschen Freunden und Genossen.

Auf der Schlußkundgebung wurden die Grußadressen, die türkische Genossen und eine Vertreterin der deutsch-spanischen Freundschaftsgesellschaft überbrachten, mit großem Beifall aufgenommen. Anschließend auf der Veranstaltung der Partei fanden sich auch einige Kollegen ein, die nicht bei der Demonstration dabei gewesen waren. 130 DM wurden hier zur Unterstützung des Genossen Sascha und der beiden türkischen Patrioten Y. Dagyeli und H. Subasi gespendet.

Stuttgart

In Stuttgart gab es vor dem 1. Mai Stimmen, die behaupteten, die Partei sei viel zu schwach, eine eigene 1. Maidemonstration durchzuführen. Sie hätten am liebsten gesehen, wenn die Partei sich wie die GRF, der 'K'BW und andere Opportunisten als rosa Feigenblatt bei der DGB-Kundgebung angebiedert hätten. Die Genossen jedoch vertrauten der revolutionären Linie der Partei und verstärkten ihre Anstrengungen, die Massen für diese Linie zu gewinnen. 2.000 Hausbesuche wurden vor dem 1. Mai entlang der Demonstrationsroute gemacht. 250 Sondernummern dabei verkauft. Höhepunkt der Vorbereitung des 1. Mai war eine Veranstaltung mit Genossen Ernst Aust.

Die rote 1. Maidemonstration schließlich fand große Zustimmung bei der Bevölkerung. Ungefähr 30 Kollegen reihten sich unterwegs in den Zug ein. Hundert Freunde und Genossen, darunter eine Reihe neuer Kollegen, feierten anschließend auf einer äußerst kämpferischen Veranstaltung den roten 1. Mai. 312 DM wurden an diesem Abend für die Unterstützung der politisch Verfolgten gesammelt. Mit großer Geschlossenheit wurden eine Grußadresse an das ZK der KPD/ML und eine Protestresolution gegen die drohende Abschiebung des Genossen Sascha verabschiedet.

Bielefeld

Dem Aufruf der KPD/ML, dem Regierungsmai den revolutionären 1.Mai entgegenzusetzen, folgten in Bielefeld etwa 70 Genossen und Kollegen.
Viele Kollegen sahen interessiert aus dem Fenster, als der AP-Trupp "Sturmtrupp Ernst Thälmann" zum roten 1.Mai aufrief.

Auf der Abschlußkundgebung wurde unter anderem auch eine Grußadresse der PCE/ML verlesen. Auch in Bielefeld waren die Fronten klar: auf der einen Seite die rote 1. Maidemonstration unter Führung der KPD/ML, auf der anderen Seite die "Menschlichkeits- und Fortschrittsparolen" der DGB-Jugend, hinter denen auch die Opportunisten von der GRF und vom 'K'BW herliefen.



130 Genossen und Kollegen demonstrierten hier unter der roten Fahne des unversöhnlichen Klassenkampfes und der Revolution. Einen Tag vorher hatten die Genossen in den Häusern entlang der Demonstrationsroute für den Roten 1.Mai geworben. Am nächsten Tag, dem 1.Mai, kamen einige der Demonstration schon entgegen. "Wir kennen uns ja schon", hieß es. Bei vielen konnte man sehen, daß sie sich darüber freuten, daß auch in den Bremer Straßen am 1. Mai wieder die roten Fahnen wehten.

Während so die KPD/ML den fortschrittlichen Arbeitern eine klare Alternative zum Regierungsmai aufzeigte, verhinderten die Opportunisten von der GRF und vom 'K'BW, daß die Handlanger des Kapitals mit ihrem Gerede von Mitbestimmung und Klassenversöhnung allein auf den Kundgebungen waren. So waren auf einer der beiden Kundgebungen des DGB in Bremen von 2.500 Anwesenden 2.000 vom 'K'BW. **Dieser 1. Mai wird mit Sicherheit dazu beitragen, daß die Bremer Arbeiter und andere Werktätige noch besser erkennen, daß die KPD/ML die einzige kommunistische Partei, ihre Partei ist.**



60 Kollegen und Genossen bildeten in Lübeck einen geschlossenen und kämpferischen Demonstrationszug. Wie sehr uns eine revolutionäre, korrekte Politik voranbringt, zeigt ein kleines Beispiel. Eine ältere Sympathisantin hatte zunächst Angst mitzumarschieren, da sie direkt an der Demonstrationsroute wohnt. Als sie jedoch aus ihrer Wohnung sah, wie sich die Genossen unter den roten Fahnen versammelten, versuchte sie den Demonstrationszug einzuholen, um sich einzureihen. Außerdem reihten sich etwa 10 neue Genossen ein, mit denen wir anschließend in den Kneipen diskutierten.

Vorwärts im Geiste des Roten 1.Mai 1974!

Tausende demonstrierten unter roten Fahnen mit den revolutionären Losungen der Partei zum Roten 1. Mai 1974. Zigtausende Kollegen in den Arbeitervierteln beobachteten diese Demonstrationen mit ungeheurem Interesse. Hier marschierten die, die in den Betrieben, in den Abteilungen und auf Belegschaftsversammlungen, am kämpferischsten für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten. Hier marschierten die, die die Kapitalistenklasse und ihr Staatsapparat durch Entlassungsterror und Tausende politische Prozesse, durch Terrorurteile und Verbotsdrohungen zum Schweigen bringen will. Hier marschierten die, die der arbeiterfeindliche, imperialistische DGB-Apparat zu seinem Hauptfeind erklärt hat, deren wachsenden Einfluß er verzweifelt durch Gewerkschaftsausschlüsse einzudämmen versucht. Hier marschierten die, denen der ganze Haß der modernen Revisionisten von der D'K'P/'S'EW gilt, gegen die die Anhänger Breschnews und Honneckers eine wüste Hetze entfachen, die sie bei den Kapitalisten denunzieren, deren Verbot sie lautstark fordern. Hier marschierten die entschlossensten, revolutionärsten Kollegen unter der Führung der Kommunistischen Partei, der KPD/ML, die das Erbe der revolutionären KPD Luxemburgs, Liebknechts und Thälmanns angetreten hat. Viele der Kollegen, die sich noch nicht entschließen konnten, sich in unsere Demonstrationen einzureihen, waren mit dem Herzen schon dabei. Sie werden im nächsten Jahr an unserer Seite marschieren.

VORWÄRTS ZUM ROTEN 1. MAI 1975!

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG, ARBEITSLOSIGKEIT UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!

NIEDER MIT DEM ARBEITERFEINDLICHEN, IMPERIALISTISCHEN DGB-APPARAT!

VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER RGO!

NIEDER MIT DER D'K'P/'S'EW – DEN SCHLIMMSTEN FEINDEN IN DER ARBEITERBEWEGUNG, DEN VERRÄTERN AM KOMMUNISMUS!

STÄRKT DIE WELTWEITE ANTIIMPERIALISTISCHE FRONT, BESONDERS GEGEN DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE, DEN US-IMPERIALISMUS UND DEN SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS!

KÄMPFT MIT DER KPD/ML FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!
FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!